

# Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 27, Wagnitzstr. 67 II  
Fernsprecher: Köpenick 1976 — Postfachkonto Berlin 5396  
Die Zeitung erscheint jeden Freitag  
Telegramm-Adresse: Textilprolet Berlin

Bereinzelt seid Ihr nichts — Vereint alles!

Anzeigen die sechsgepaaltene Kleinzeile 15 Mark  
Anzeigen- und Werbandsgeber sind an Otto Sehmis, Berlin O 27,  
Wagnitzstraße 67 II, zu richten. — Bezug nur durch die Post.  
Preis vierteljährlich 9 Mark und Beleggeld

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

**Inhalt:** An unsere Ortsverwaltungen! — Die Justizverwaltung als Todfeind der Arbeitsgerichte (I). — Entschliebung des Gewerkschaftskongresses zur 46 stündigen Arbeitswoche. — Der Kampf der Textilarbeiter im oberen Erzgebirge. — Betriebsräte im oberen Erzgebirge zur Lohnbewegung, zur 46 stündigen Arbeitswoche. — Die Textilarbeiter in der Wehr. — Ferien in Langenbielau. — Der Gewerkschaftskongress. — Konzentrationsbestrebungen auch auf ländlichen Gebieten. — Gustav Prohl tot. — Neue Wortfänge ab 1. Juli 1922. — Verdrängung. — Aus den Gewerkschaften. — Aus der Textilindustrie. — Soziale Umbildung. — Berichte aus Sachreisen. — Regen tropfen. — Literatur. — Bekanntmachungen. — Bernhard Potthoff. — Anzeigen. — Unterhaltungsteil: Zur Geschichte der Seide (IV).

## An unsere Ortsverwaltungen!

Aus allen Bezirken wird uns berichtet, daß unsere Mitglieder den Beschluß der Beiratsitzung, für die Aufrechterhaltung der 46stündigen Arbeitswoche den doppelten Wochenbeitrag zu zahlen, mit Begeisterung aufgenommen haben und durchführen wollen.

Einigen Fragestellern sei hiermit berichtet, daß der Beschluß zwingend ist und für alle Mitglieder gilt. Besondere Extramarke können wir nicht herausgeben, auch ist es unzulässig, daß Filialen die gewöhnlichen Wochenbeitragsmarken mit dem Aufdruck versehen: Doppelte Beitragsmarke. Bei einer solchen Handhabung würde uns in der Zentrale jede Kontrolle fehlen.

Es müssen zwei Wochenmarken entnommen und in ein Feld geklebt werden, und zwar so, daß die Verwendung zweier Marken ersichtlich ist.

Selbstverständlich ist es, daß der doppelte Stundenlohn als Wochenbeitragsleistung in Betracht kommt.

Der Vorstand.

## Die Justizverwaltung als Todfeind der Arbeitsgerichte.

Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß die Wirkung eines Gesetzes nicht vom Gesetzgeber, sondern vom Richter, der das Gesetz anzuwenden hat, abhängt. Die Art der Anwendung ist wiederum bedingt durch die Mentalität des Richters, d. h. abhängig von seiner geistigen Einstellung zu den sozialen Problemen unserer Zeit.

So nur erklärt sich die Klassenjustiz in der politischen Strafrechtsprechung, wie auch die soziale Verstandlosigkeit auf weiten Gebieten der Zivilrechtsprechung, insbesondere des Arbeitsrechts.

Die Schaffung allgemeiner Arbeitsgerichte soll nicht nur die Sondergerichtsbarkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte auf alle Arbeitnehmer ausdehnen, um eine billige und schnelle Rechtsprechung zu ermöglichen; diese Arbeitsgerichte sollen vor allen Dingen durch eine soziale Rechtsprechung zur Fortbildung des Arbeitsrechts im Geiste sozialer Gerechtigkeit beitragen, mit einem Wort rechtsschöpferisch wirken. Das ist ja gerade der unbestrittene Vorzug der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Gegensatz zu den ordentlichen Gerichten, durch den sie sich das Vertrauen der Arbeitnehmer erworben haben und mit dem jede wahrhafte Arbeitsgerichtsbarkeit steht und fällt. Von der geistigen Einstellung des Arbeitsrichters hängt alles ab, nicht von seiner Unabhängigkeit und Unabsehbarkeit. Die beiden letzteren Attribute machen ihn noch nicht zu einem sozial denkenden Menschen.

Wir bedürfen dieser Weiterentwicklung aber nicht nur in der Arbeitszivilrechtsprechung, sondern ebenso sehr in der Arbeitsstrafrechtsprechung. Nur so kommen wir zu einer sozialen Rechtsprechung auf Koalitions- und Streikrechtsfragen. Den Anfang dazu macht der Referentenentwurf über ein Arbeitsgerichtsrecht. Es ist notwendig, diesen Weg zu Ende zu gehen, wie das auch von den bedeutendsten Vorkämpfern des Arbeitsrechts, Potthoff und Singheimer, gefordert wird.

Diese soziale Fortbildung des Arbeitsrechts durch die Rechtsprechung wird jedoch unterbunden durch die Angliederung der Arbeitsgerichte an die ordentlichen Gerichte. Zwar versucht der Referentenentwurf in seinen §§ 10 und 24 gewisse Sicherungen dafür zu treffen, daß Arbeitsrichter mit entspre-

chender Vorbildung besetzt werden. Die Bestellung soll durch die Landesjustizverwaltung im Einvernehmen mit der obersten Landesbehörde für die Sozialverwaltung erfolgen. Inwieweit die oberste Landesbehörde für die Sozialverwaltung die erforderlichen Personalienkenntnisse besitzen soll, ist unerfindlich. Aus diesem Grunde schon muß das „Einvernehmen“ ein bloßes Dekorationsstück bleiben. Den zwingenden Beweis dafür erbringen die letzten Verhandlungen des Preussischen Landtags über die Justizverwaltung. Keiner, der die stenographischen Berichte gelesen hat, wird sich dieses Eindrucks entziehen können. Der preussische Justizminister Dr. Am Zehnhoff sagte nach dem stenographischen Bericht vom 20. Mai 1922, Spalte 9942:

„Was den gegen die Justizverwaltung gerichteten Vorwurf anlangt, daß sie das Eindringen modernen Geistes in die Rechtspflege durch geistliche Zurücksetzung linksstehender Richter hindere, so weise ich ihn mit Entschiedenheit zurück. Er ist, wie die Tatsachen beweisen, vollständig aus der Luft gegriffen.“

## Entschliebung des Gewerkschaftskongresses zur 46 stündigen Arbeitswoche.

„Der Gewerkschaftskongress empfindet es als Herausforderung der gesamten organisierten Arbeiterschaft, wenn die Textilindustriellen ihren zahlreichen Arbeitern und Arbeiterinnen, vor allem den hunderttausenden Frauen und Müttern, die seit mehr als drei Jahren durch Vertrag generell festgelegt 46stündige Arbeitswoche nehmen und zur Erreichung dieses Zieles einen brutalen Machtkampf entfesseln wollen.“

Der Kongress erklärt, daß einerseits der achtfundigstündige Arbeitstag, verbunden mit dem freien Sonnabendnachmittag, die Wiederaufrichtung der deutschen Textilindustrie nach den im Kriege vorgenommenen Zerschörungen außerordentlich gefördert und ihre Rentabilität zu beeinträchtigen nicht vermocht hat, daß aber gleichzeitig in der Beibehaltung der auf dieser Grundlage vereinbarten Arbeitswoche die Gesundheit der beschäftigten Frauen, Mädchen und Mütter sowie der heranwachsenden Generation einigermaßen garantiert ist.

Der Kongress spricht deshalb den zur Abwehr des Unternehmerangriffs berechtigenden Textilarbeitern nicht nur seine warmste Sympathie aus, er erwartet auch, daß die Gesamtarbeiterschaft den um die Erhaltung der 46-Stunden-Woche in den Kampf gedrängten Arbeitern der Textilindustrie gegebenenfalls weitestgehende materielle und moralische Unterstützung leistet.“

Mit Annahme der Resolution hat sich die gesamte deutsche Arbeiterschaft, soweit sie in den freien Gewerkschaften organisiert ist, hinter die Textilarbeiter gestellt. Die Textilarbeiter haben nunmehr aber eine um so höhere Pflicht zu erfüllen: unter allen Umständen den Anschlag der Unternehmer abzuwehren. Wir stehen in dem Kampfe nicht allein. Zeigen wir uns der Größe und der Bedeutung des Kampfes würdig.

Wo der Justizminister nichts auszusprechen hat, wird der zuständige Sozialminister am allerwenigsten in der Lage sein, Auskünfte machen zu können.

Zu einer vollen Würdigung kommt man aber erst dann, wenn man sich folgende Tatsachen aus den stenographischen Berichten vergegenwärtigt. Der deutschnationalen Abgeordnete Dr. Deerborg, ein Richter, erklärte folgendes:

„Zwei Gründe waren es, die dem alten preussischen Staat seine starken Stützen verliehen hatten: das Heer und das Beamtentum. Das Heer ist zerbrochen, das Beamtentum brüchig und unterhöht. Systematisch und zielbewußt. In systematischer, zielbewußter Weise hat es die Sozialdemokratie verstanden, die innere Verwaltung in ihre Hand zu bringen und die alten erprobten Kräfte entweder zu verdrängen oder unter die Beaufsichtigung gestimmungsstüchtiger Parteifunktionäre zu stellen. (Andauernde Unruhe und Zerrüttung bei den Kommunisten und Sozialdemokraten.) Nur ein Bollwerk stand bisher noch fest und unberührt, gleichsam ein „Rocher de bronze“ in den Stürmen dieser Zeit: der Richterstand. Dieses Bollwerk soll fallen! Deswegen rüftet man sich auf der ganzen sozialistischen Front, um durch einen konzentrischen, geschlossenen Angriff auch diese letzte Säule zu Fall zu bringen.“ (Stenographischer Bericht vom 22. Mai 1922, Spalte 10 055.)

Daß der Richterstand in der Tat das letzte Bollwerk der Reaktion ist, gab auch der deutschnationalen Abgeordnete Dr. Seemann, ebenfalls ein Richter, zu. Er sagte:

„Das eine glaube ich allerdings auch, daß nämlich, wenn die Demokratische Partei bezüglich der Vorbildung der Richter, der Rechts- und Staatsanwälte sich auf den Berndtschen Standpunkt stellt, dann allmählich auch der Rest von Richtern nach den Rechtsparteien abwandert.“ (Stenographischer Bericht vom 26. Mai 1922, Spalte 9979.)

Die Verhandlungen des Preussischen Landtages erbringen den klassischen Beweis, wie unerträglich der gegenwärtige Zustand ist. Ein demokratischer Richter, der Abgeordnete Dr. Berndt, konnte mit Recht im Falle seines Parteifreundes Dr. Roebisch sagen:

„Es muß offen ausgesprochen werden — das verlangt die Wahrheit —, daß hier ein Mißbrauch des richterlichen Amtes vorliegt, daß die Richter die Abfassung des Urteils dazu benutzt haben, den Text zu einem deutschnationalen Flugblatt zu schreiben, das hinausgehen sollte im Dienste der Reaktion zum Schaden der staatsstreuen Parteien.“

Und mit Recht sagt er an einer anderen Stelle:

„Was wir wünschen, ist die Entpolitisierung der Rechtsprechung, und wenn wir uns gegen die Mängel der heutigen Rechtsprechung wenden, so wenden wir uns gerade dagegen, daß die Rechtsprechung heute eine politische ist und vielfach geradezu im Dienste einer politischen Partei, nämlich der staatsgegnerrischen deutschnationalen Volkspartei steht.“

Berndt forderte als wirksamstes Mittel der Besserung der heutigen Zustände in Rechtsprechung und Justizverwaltung eine konsequente und zielbewußte Personalpolitik. Dieser demokratische Richter fragte den preussischen Justizminister: Woher kommt es denn, daß bei gleicher Qualifikation der politischen Parteien, die doch kein Mensch bezweifeln kann, sich unter den sämtlichen Oberlandesgerichts- und Landgerichtspräsidenten nicht ein einziger Mann befindet, der zur Demokratischen oder Sozialdemokratischen Partei gehört, und daß auch unter den Landgerichtsdirektoren, deren Stellung als Vorsitzende der Strafkammern besonders bedeutungsvoll für die Rechtspflege ist, sich nur ganz ausnahmsweise einmal jemand befindet, der auf dem Boden der Linken steht. Und er beantwortet diese Frage damit, daß die fachliche Qualifikation nicht allein ausschlaggebend ist, sondern die politische Gesinnung, und zwar die reaktionäre Gesinnung, die bei der Besetzung der höheren Stellen innerhalb der Justizverwaltung heute immer noch maßgebend ist. Diese Feststellung des Abgeordneten Berndt ist um so wichtiger, wenn man berücksichtigt, daß die Oberlandesgerichts- und Landgerichtspräsidenten sowie die Personalienräte in dem Ministerium und bei den Oberlandesgerichten den entscheidenden Einfluß auf die Personalpolitik ausüben. Auch die Darlegungen des Dr. Berndt über die Personalakten zeigen uns, welche Gefahren hier drohen auch für die Personalpolitik gegenüber den auszuwählenden Arbeitsrichtern, wenn die kommenden Arbeitsgerichte von der Justizverwaltung abhängig werden. Berndt sagt:

„So ergeben dann die Personalakten im wesentlichen fast immer nur Qualifikationen rechtsstehender Richter. Der Herr Justizminister, dem die Personalakten vorgelegt werden, befindet sich dann in der eigenartigen Lage, daß er wirklich gute und hervorragende Qualifikationen fast immer nur bei solchen Leuten findet, die auf dem Boden der Rechten stehen.“

Noch einige Tatsachen mögen diesen unerträglichen Zustand kennzeichnen.

Das Personaliendezernat für die Anstellung und Beförderung der Justizbeamten in Berlin, Brandenburg und Pommern im preussischen Justizministerium befindet sich in der Hand des Vorsitzenden eines Berliner deutschnationalen Wahlvereins; es ist dies der Geheimrat Dr. Preiser.

## Der Kampf der Textilarbeiter im oberen Erzgebirge.

In zwölf gut besuchten Versammlungen wurde Bericht gegeben über das Verhalten der erzgebirgischen Unternehmer zur Zahlung der in Chemnitz vereinbarten Teuerungszulagen und über die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß. Alle Versammlungen nahmen folgende Resolution einstimmig an:

„Die heute versammelten Textilarbeiter und -arbeiterinnen lehnen den Spruch des Schlichtungsausschusses, vom 10. Juni 1922 einmütig ab. Sie verurteilen das Verhalten des Vorsitzenden, Herrn Rechtsanwalt Rothe, und erklären, daß Herrn Rothe nach

## Zur Geschichte der Seide.

Von Th. Wolff-Friedenau.

IV. (Nachdruck verboten.)

In langen, flatternden Seidengewändern zeigten sich die römischen Kaiser dem Volke, und die Hosieler kamen dem gegebenen Beispiel eifrig nach. Der Kaiser Caligula, gleich verächtlich durch seine Grausamkeit wie seine Verschwendungssucht und seinen Größenwahn, wurde seines ungeheuren Seidenlurus wegen und weil ihn fast niemand ein Mensch anders als in Seide gekleidet gesehen hatte, spöttischerweise „sericatus“, „der Seidene“, genannt. Selbst die Toten wurden noch in seidene Leichentücher gehüllt, was zur Folge hatte, daß sie von Leichenschändern wieder ausgegraben und des kostbaren Seidenstoffes beraubt wurden. Zwar eiferten die ernstesten Männer der Nation in Wort und Schrift vielfach gegen die Ausartungen der Seidenmode, doch ohne Erfolg, und auch die gelegentlichen Verbote, die gegen das Tragen seidenen Gewänder seitens der Männer erlassen wurden, blieben gänzlich ohne Wirkung. Riesige Summen Geldes wanderten auf diese Weise aus dem Römerreich in die Länder Asiens für Seide, zur Zeit Ninius jährlich allein 50 Millionen Sesterzen nach Indien, das Doppelte dieser Summe nach Arabien und China. Der edle und sparsame Kaiser Marc Aurel (161—180 n. Chr.) suchte dem Seidenlurus durch verschiedene Erlasse zu steuern, jedoch ebenfalls ohne Erfolg. Unter seiner Regierung kostete ein Pfund Seide soviel wie ein Pfund Gold, und der Kaiser soll seiner Gemahlin, die ihn um einige Seidengewänder bat, die Bitte abgeschlagen haben, weil, wie er sagte, er weit davon entfernt sei, Kleiderstoff mit Gold aufzuwiegen. Ja, er ließ sogar, durch Geldnot gebrängt, die kaiserlichen seidenen Gewänder öffentlich versteigern, ein Zeichen, wie wertvoll und begehrte damals solche Stoffe waren. Da jedoch alle

seine Bemühungen den Seidenlurus in Rom nicht vermindern konnten und immer mehr Geld für Seide nach Asien wanderte, versuchte Aurel wenigstens, direkte Handelsbeziehungen mit den Chinesen anzuknüpfen, in der begründeten Hoffnung, daß dadurch der begehrte Stoff zu einem wesentlich niedrigeren Preis nach Rom gelangen würde. Im Jahre 165 ließ der Kaiser daher eine Mission nach dem chinesischen Hofe ausrichten, die nach langer und mühevoller Fahrt über Ägypten und Indien auch wirklich ans Ziel gelangte, jedoch nicht zurückgekehrt ist. Die römischen Geschichtsschreiber selbst wissen zwar von diesem Unternehmen nichts zu berichten, wohl aber erzählt davon das bereits oben erwähnte große Geschichtswerk der Chinesen.

Doch nicht nur fertige Seidenstoffe und Gewänder, sondern auch Rohseide gelangte auf dem Handelswege nach Rom. Damit war die Möglichkeit zur Entstehung von Seidenwebereien auf italienischem Boden gegeben, deren Erzeugnisse im Gegensatz zu dem Stoff ferischer Herkunft als „bombicina“ (nach der lateinischen Bezeichnung der Seidenraupe) bezeichnet wurden. Im 4. Jahrhundert n. Chr. etwa begann die Seidenverarbeitung auf römischem Boden, und in der Folge entstanden hier eine ziemlich Anzahl von Seidenwebereien. Selbst gesponnen wurde die Seide, und Seidenbänder dieser Erzeugung wurden ein vielverbreiteter Handelsartikel.

Von größter Bedeutung für die Geschichte der europäischen Seidenindustrie wurde dann die Regierung des Kaisers Justinian I (527—565), des Beherrschers des oströmischen (byzantinischen) Kaiserreichs, dessen Mittelpunkt das heutige Griechenland war. Justinian war ein eifriger Förderer der Seidenindustrie in seinem Lande, zugleich aber belegte er sie auch mit hohen Steuern, da er für seine zahlreichen Kriege viel Geld benötigte. So, er erklärte einen großen Teil der Seidenwebereien als Kronmonopol, teils weil er glaubte, daß dies am meisten zur Förderung des Seidengewerbes beitragen würde, teils um noch höhere Einnahmen hieraus zu er-

zielen. In beidem aber irrte er. Durch die teilweise Verstaatlichung und den hohen Steuerdruck geriet die Seidenindustrie in größte Schwierigkeiten, und das um so mehr, als die fortwährenden Kriege auch den Bezug der Rohseide äußerst erschwerten, so daß der Preis der Seide ganz gewaltig stieg. Justinian suchte den Bezug der Rohseide nach Möglichkeit zu erleichtern, aber seine Bemühungen entwickelten ihn in Kriege mit denjenigen Völkern, die den Handelsverkehr zwischen den Erzeugungsländern der Seide nach Europa vermittelten. Unter solchen Verhältnissen mußte es naturgemäß die größte Aufmerksamkeit erwecken, als im Jahre 552 zwei persische Mönche, welche Kenntnis von der Seidenzucht hatten, an den Kaiser herantraten und sich anheischig machten, die Seidenraupe der Chinesen nach Europa zu bringen, um dort eine eigene Seidenzucht zu begründen und das Land auf diese Weise von Indien und China vollständig unabhängig im Bezug der Seide zu machen. Mit Begeisterung nahmen der Kaiser und seine Ratgeber diesen Plan auf; die beiden Mönche wurden ausgerüstet und mit glänzenden Versprechungen für den Fall des Gelingens des kühnen Unternehmens entlassen. Und dieses gelang. Schon im folgenden Jahre kehrten die Mönche aus dem Lande der Serer zurück. In ihren hohlen Bambusstöcken hatten sie zahlreiche Raupeneier verborgen, die den Grenzwachtern ebenso entgangen waren, wie Jahrhunderte vorher die Raupeneier im Brautkranz der chinesischen Prinzessin. Ob die kühnen Reisenden die Raupeneier direkt aus China selbst oder einem der Nachbarländer geholt haben, in denen damals bereits die Seidenzucht nach chinesischer Vorbild betrieben wurde, ist nicht genau festzustellen. Genug, das große Geheimnis, das seit über einem halben Jahrtausend Gegenstand der Begier und des Forschens und dennoch bis dahin ein ungelöstes Rätsel geblieben war, war nunmehr in Europa bekannt geworden. Auf dem Boden des alten Griechenlands, im oströmischen Reich, entstand die erste europäische Seidenzucht.

diesem Vorgang die Eigenschaft als Vorstehenden eines Schlichtungs-

Die Versammelten beauftragen die Verbandsleitung, alle ihr zu Gebote stehenden Mittel, evtl. auch das Letzte, des Kampfes, anzuwenden, um die an sich niedrigen Lohnsätze, die die Arbeitsgemeinschaft, Bezirksgruppe Sachsen, abgeschlossen hat, bei uns durchzusetzen.

Der Annaberger Arbeitgeberverband hat nachstehendes Rundschreiben verschickt:

Gesamtverband der vereinigten Arbeitgeberverbände im oberen Erzgebirge, e. V., Sitz Annaberg. Annaberg, den 10. Juni 1922.

An die Mitglieder der Textilindustrie!

Unter Bezugnahme auf unser Rundschreiben Nr. 18/2969/22 vom 31. Mai 1922 teilen wir Ihnen mit, daß der gesetzliche Schlichtungsausschuß in seiner Sitzung vom 9. Juni 1922, nachmittags 3 Uhr, nach langen Verhandlungen folgenden Schiedsspruch gefällt hat:

Für die gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen der Posamentenindustrie, der Zwirnereien, der Stickerien und Wärfereien, der Färbereien und der Knopf- und Füllstoff-Betriebe werden die Tarifsätze, die im April und Mai 1922 gezahlt worden sind, bis zum nächsten Lohnzuge, am 16. Juni 1922, weitergezahlt.

Von der nächsten Wohnung ab sind folgende Teuerungszulagen zu gewähren:

Table with columns for age groups (14-16, 16-18, 18-20, over 20) and wages for men and women in 1922.

Wir haben gegen diesen Schiedsspruch Einspruch erhoben.

Da auch der Deutsche Textilarbeiterverband hiergegen Einspruch erhoben hat, eruchen wir unsere Mitglieder der Textilindustrie, unter keinen Umständen diese Teuerungszulage bei der nächsten Lohnzahlung auszus zahlen.

da sonst wiederum größte Verwirrung entsteht. Wir werden unsere Mitglieder rechtzeitig davon in Kenntnis setzen, wann sie erhöhte Löhne zu zahlen haben.

Ein geschlossenes Zusammenhalten ist gegenüber dem geschlossenen Vorgehen des Deutschen Textilarbeiterverbandes unbedingt Pflicht.

Im Hinblick darauf, daß der Demobilisierungskommissar den Schiedsspruch für verbindlich erklären könnte, empfehlen wir jedoch unseren Herren Mitgliedern, die obengenannten Teuerungszulagen einzukalkulieren.

Hochachtungsvoll

Gesamtverband der vereinigten Arbeitgeberverbände im oberen Erzgebirge, e. V., Sitz Annaberg. Der Syndikus, gez. Dr. Knors.

Dieses Rundschreiben ist die reinste Provokation der Arbeiterschaft, denn es spricht klar aus: „Ihr Arbeiter und Arbeiterinnen, hungert ruhig weiter!“ Die Unternehmer mögen nicht zu sehr mit dem Feuer spielen, sie könnten sich dabei leicht einmal die Finger verbrennen. Deutlicher als durch dieses Schreiben kann den Arbeitern und Arbeiterinnen wohl kaum verständlich gemacht werden, daß sie dringend des Schutzes der Organisation bedürfen, ohne den sie den Ausbeutungsgelüsten der Unternehmer vollständig preisgegeben wären. Das müßte alle fernstehenden Textilarbeiter und -arbeiterinnen unverzüglich veranlassen, sich ihrer Organisation anzuschließen, damit durch reiflichen Zusammenschluß aller in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen gemeinsame Maßnahmen für die Sicherung ihrer Existenz getroffen werden könnten.

Betriebsräte im oberen Erzgebirge zur Lohnbewegung, zur 46stündigen Arbeitswoche.

Im Saale des „Deutschen Kaiser“ zu Buchholz waren aus allen Orten des Verwaltungsbezirks des Deutschen Textilarbeiterverbandes Geschäftsstelle Buchholz, Annaberg u. Umgebung, am 18. Juni 1922 die Betriebsräte und Vertrauensleute zusammengelassen, um zur Lohnbewegung und zur 46stündigen Arbeitswoche Stellung zu nehmen. Zentrale sowie Gauleitung waren anwesend und Kollege Hermann gab in kurzen Worten Bericht über das, was sich seit der Fällung des Spruchs der Zweigkammer Annaberg wieder zugegetragen hatte. In der Aussprache wurde von allen Rednern zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeiterschaft, besonders die Betriebsräte die Aufgabe hätten, hier zu sagen, was die Kollegen in den Betrieben denken, und wenn es nicht anders sein könne, das letzte Mittel, der Kampf, angewendet werden müsse, um die Sätze, die die Arbeitsgemeinschaft, Bezirksgruppe Sachsen, abgeschlossen hat, auch im Erzgebirge zu erringen. Die versammelten Betriebsräte nahmen folgende Entschliessung einstimmig an:

„Die am 18. Juni 1922 in Buchholz versammelten Vertrauensleute nehmen den Bericht über den Stand der Lohnbewegung zur Kenntnis und lehnen erneut den Spruch des Schlichtungsausschusses, Zweigkammer Annaberg, ab.

Da aber erneut Verhandlungen vor dem Demobilisierungskommissar angehängt sind, beauftragen die Versammelten die Verbandsleitung, alles zu tun, um die Differenzen auf friedlichem Wege zu beseitigen.

Sollten alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft und keinerlei Aussicht auf friedliche Lösung mehr vorhanden sein, dann ist darüber, wann, in welcher Weise und mit welchen Mitteln der Kampf aufzunehmen ist, neu zu beraten.“

Zum 2. Punkt: Die Kampfsache des Unternehmertums gegen die 46stündige Arbeitswoche in der Textilindustrie, referierte Kollege Winkler von der Gauleitung. Er führte aus, daß die 46-Stunden-Woche innerhalb der Textilindustrie eine Forderung ist, die nicht erst nach der Revolution auf die Tagesordnung gesetzt wurde, sondern daß der freie Sonnabendnachmittag eine Forderung der Organisation schon seit dem Jahre 1890 sei. In Anbetracht, daß ungefähr 70 Prozent weibliche Arbeiter in der Textilindustrie beschäftigt werden, und von diesen 70 Proz. wieder 30 Proz. verheiratete Frauen sind, so daß bei diesen Frauen infolge Pflege ihres Haushalts eine Arbeitszeit von 14-16 Stunden täglich in Frage komme, sei es eine Ruforderung der Textilarbeiter, an dem freien Sonnabendnachmittag festzuhalten. Nachdem nun Dr. Klauer der Arbeiterorganisation den Kampf gegen die 46stündige Arbeitswoche angefangen habe der Hauptvorstand beschlossen, diesen Kampf aufzunehmen, wenn es nicht anders sein könne. Demzufolge müssen die Bezirke, die von diesem Kampf nicht betroffen werden, ihre ganze Kraft einsetzen, um die kämpfenden Kollegen zu unterstützen. — In der Aussprache wurde von allen Betriebsräten betont, daß dieser Kampf in den Bezirken, wo er zum Ausbruch kommt, reiflos durchgeführt werden müsse, daß man die Erfolge der Organisation nicht preisgeben könne. Es wurde einstimmig beschlossen, doppelte Beiträge solange zu zahlen, bis der Kampf zugunsten der Arbeiterschaft entschieden ist.

Die Textilarbeiter in der Abwehr.

Am Samstag und Sonntag, den 17. und 18. Juni 1922 fanden in Nord- und Südbayern Konferenzen der Ortsverwaltungen des Deutschen Textilarbeiterverbandes statt. Diese nahmen Stellung zu dem beachtlichsten Angriff der Arbeitgeber, die bekanntlich circa 200 000 Textilarbeiter auszusperren wollen, wenn sie nicht die Arbeitszeit auf 48, mit Ueberstunden auf mindestens 53 Stunden pro Woche

verlängern lassen wollen. Der Beirat hat beschlossen, den Angriff abzuwehren und gleichzeitig, um die Kampfesfähigkeit aufs höchste zu steigern, die Mitglieder aufzufordern, doppelte Beiträge zu leisten. Dieser Beschluß wurde einstimmig angenommen.

Entschliessung.

Die am 18. Juni 1922 tagende Konferenz der Ortsverwaltungen Südbayerns erkennt den Ernst der Lage, in die die Textilarbeiter und deren Organisationen durch die Aktion der scharfmacherischen Textilarbeiter gebracht wurde, an. Es wird anerkannt, daß der Beirat nicht anders handeln konnte als geschehen.

Gegenüber muß auch das Augenmerk des ADGB auf den uns bevorstehenden Kampf für die Erhaltung der 46-Stunden-Woche in der Textilindustrie hingelenkt werden.

Die Delegierten verpflichten sich, mit voller Kraft für die Durchführung der Beiratsbeschlüsse zu wirken und setzen ihre Ehre darin, daß ihre Forderungen die mit der Forderung der Opfer verbundene Prüfung der Kampfesfähigkeit der Mitgliedschaft bestehen.

Beide Konferenzen waren von dem besten Geist und von dem einmütigen Willen durchdrungen, jeden Angriff der Unternehmer abzuwehren. Möge diese Einmütigkeit, möge dieser Kampfeswille sich auf die Massen der Arbeiter übertragen, damit der schwere Kampf, den uns die Unternehmer aufdrängen, mit Ehren bestanden wird.

Ferien in Langenbielau.

Vor und nach den Pfingstfeiertagen sind seitens der Firma Chr. Dierig, Ober-Langenbielau, eine Reihe von Bekanntmachungen im Betriebe ausgehängt, sowie auch innerhalb des Ortes und in der Umgebung angeschlagen worden, die sich mit den Ferien der Arbeiterschaft beschäftigen und die so gehalten waren, daß sie eine Irreführung der öffentlichen Meinung beabsichtigten. Insbesondere wurde gesagt, daß unbesonnene Elemente innerhalb der Arbeiterschaft den Wirtschaftsfrieden der hiesigen Gegend erneut stören wollen. Wenn damit gesagt sein soll, daß der Wirtschaftsfrieden schon einmal durch unbesonnene Elemente gestört worden ist, so danken wir für dieses Eingeständnis, nur waren es keine Arbeiter, sondern Textilarbeiter, die ihre Kollegen überredet hatten, am Weihnachtstage 1921, am Festtage der Liebe und des Friedens, 20 000 Textilarbeiter auszusperrern. Bezüglich der Differenzen in der Ferienfrage kann das gleiche konstatiert werden. Circa 7 Wochen vor Pfingsten hatten die Arbeiter in ihren Versammlungen sowohl als in Betriebsratssitzungen beschlossen, an die Arbeitgeber heranzutreten und darüber zu verhandeln, daß

1. die Ferien in diesem Jahre in allen Betrieben zu gleicher Zeit stattfinden sollen,

2. als Zeitpunkt hierfür, wenn möglich, die Tage anschließend an die Pfingstfeiertage in Betracht zu ziehen und

3. allen Arbeitern auch eine Feriendauer von mindestens 6 Arbeitstagen und eine Bezahlung dieser Tage zu garantieren.

Auf dieser Grundlage verhandelten sämtliche Betriebsratsmitglieder mit den einzelnen Firmen. Nach anfänglichen Schwierigkeiten waren jedoch zum Schluß sämtliche Firmen — mit Ausnahme der einen Firma Chr. Dierig — mit den ersten beiden Punkten einverstanden, und haben deshalb in allen Betrieben in Langenbielau, Peterswaldau und auch noch in anderen Betrieben die Ferien sich in aller Ruhe abgewickelt.

Die Firma Chr. Dierig dagegen fuhr allein schmeres Geschütz auf und erklärte, Ferien anschließend an die Pfingstfeiertage gäbe es unter keinen Umständen, auch erwähnte sie den drohenden Wassermangel im Juli und erklärte, die Firma habe den Entschluß gefaßt, die Ferien erst in der Zeit vom 17. bis 22. Juli stattfinden zu lassen. Zu dieser Erklärung hat nicht nur der Betriebsrat der Firma Chr. Dierig, sondern auch die Betriebsräte anderer größerer Betriebe haben Stellung zu dieser Sachlage genommen und äußerten sämtlich ihre Bereitwilligkeit, auf die Verlegung der Ferien in allen Betrieben hinzuwirken, wenn die Firma Dierig sich bereit erklären würde, auch ihrerseits darauf hinzuwirken, daß allen Arbeitern, denen weniger als 6 Ferientage bisher bezahlt werden sollten, nunmehr für diese Ausfalltage mindestens 60 Proz. bezahlt würden. Aber auch selbst dann, wenn die Tatsache bestände, daß die Arbeiter unter allen Umständen auch darauf bestanden hätten, daß die Ferien in der Pfingstwoche sein sollten, dann wäre auch dies nichts Unmögliches, da auch im übrigen Deutschland in einer Unmenge von Betrieben die Ferien in die Pfingstwoche verlegt wurden. Eine derartige Mitteilung vorbereiteten die Unternehmer des Gladbacher Textilarbeiterbezirks und erlachten alle Einkäufer, ihre Reisen nach dort um eine Woche zu verschieben.

Dasselbe erklären die Textilarbeiter des Apoldaer Textilindustribezirks. Der dortige Vorstand der Fabrikantenvereinigung empfiehlt sogar seinen Mitgliedern, in der Pfingstwoche zu schließen und den Arbeitern die Möglichkeit zu geben, Ferien zu machen und erklärt, daß eine Anzahl von Firmen dies schon im vergangenen Jahre getan hätten und daß sich dies aufs beste bewährt habe.

Die Arbeiter haben aber trotzdem nicht darauf bestanden, sondern sie waren bereit, die Ferien im Juli zu machen; aber eine andere Bezahlung sollte gewährt werden, denn auch in Ferientagen gebraucht der Arbeiter ein Einkommen, um sich und seine Familie zu ernähren. So wie es heute ist, kann und darf es nicht bleiben.

Ein Arbeiter z. B. arbeitet schon 11 Monate bei der Firma Chr. Dierig; nach dem Willen der Unternehmer hätte er noch keinen Anspruch auf Ferien oder Bezahlung von Ferientagen gehabt, 25 Proz. oder 1 1/2 Tag wollten die Firmen aber bezahlen. Die von den Arbeitern verlangten 60 Proz. hätten demgegenüber 3 1/2 Tag bedeutet. Ein zweites Beispiel: ein Arbeiter ist länger als 1 Jahr, aber noch nicht ganz 3 Jahre, sagen wir also 2 1/2 Jahre, bei der Firma Dierig beschäftigt; dieser soll nur 3 Tage bezahlt erhalten, und für die übrigen 3 Tage 25 Proz. davon, also 3/4 Tag, insgesamt also 3 3/4 Tag, bezahlt bekommen. An den übrigen Tagen kann er ja mit seiner Familie von der Luft leben, trotzdem er schon 2 1/2 Jahre bei der Firma frondet. Nach der Forderung der Arbeiterschaft hätte der Betreffende an den 6 Ferientagen die ersten 3 Tage ganz, von den letzten 3 Tagen 60 Proz. = 1 1/2 Tag, insgesamt also 4 1/2 oder rund 5 Tage Ferien bezahlt bekommen müssen.

Trotzdem sich Herr Gottfried Dierig als ein Menschenfreund einschätzte, wurde diese reduzierte winzige Forderung kaltherzig abgewiesen und damit der Beweis erbracht, daß die Firma gar kein Interesse daran hat, daß die Ferien abseits im Juli sein müßten, es geht nur, den nackten egoistischen Kapitalistenstandpunkt einmal wieder hervorzuführen, und dies ist der Firma glänzend gelungen.

Es ist der Öffentlichkeit damit unverhohlen gezeigt, wo die unbesonnenen Elemente sitzen, die den Wirtschaftsfrieden der hiesigen Gegend erneut stören, obige Beispiele werden wie ein Blicklicht auf die öffentliche Meinung wirken und erkennen lassen, wie maßvoll die Arbeiterschaft in ihren Wünschen resp. Forderungen war und daß sie bereit war, einer Verlegung der Ferien bis Juli zuzustimmen.

Direkt wohlthuend heben sich von einem derartigen Verhalten eine große Anzahl Unternehmer und auch Unternehmerorganisationen ab, die ihren Arbeitern infolge Vereinbarung nicht nur mindestens sechs Tage, sondern weit darüber hinaus bis 12 ja sogar 18 Tage Ferien gewähren und den Lohnausfall auch ganz bezahlen und auch sogar noch höhere Löhne zahlen.

Alle Arbeiter aber und auch Arbeitervertreter mögen sich gesagt sein lassen, daß, wenn eine Arbeiterschaft warten soll, bis daß der Unternehmer ihnen Zugeständnisse auf dem Präsenztisch entgegenbringt, daß sie dann auf den St. Nimmerleinstag warten, da gilt es schon Rechte zu äußern und auch durch einmütiges Handeln die Vorbedingung zu schaffen „ewigen Menschenrechten“ zum Durchbruch zu verhelfen, denn:

„Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erkämpfen muß.“

Der Gewerkschaftskongress

wies alle Angriffe auf den Achtstundentag bzw. auf die 48-Stunden-Woche entschieden zurück.

Er sprach dem Bundesvorstand mit Dreiviertelmehrheit sein Vertrauen aus.

Er nahm zur Wohnungsfrage eine Entschliessung an, durch die der Bundesvorstand beauftragt wird: 1. Die von ihm geleitete gemeinwirtschaftliche Regelung des Wohnungswesens und der Baustoffbeschaffung weiter zu betreiben und die Reichsregierung sowie die Parlamente der Länder und Gemeinden darauf hinzuwirken, daß die Gesellschaften diesen Kampf gegen Wohnungsnot und Wohnungswucher auf breiter Grundlage aufnehmen müssen und wirklich durchgreifende Maßnahmen zur Beseitigung der ständig wachsenden Mißstände ergreifen werden. 2. Die wirtschaftliche und finanzielle Macht der organisierten Arbeiterschaft in den Dienst der Gemeinwirtschaft zu stellen und im Bundesbüro eine Zentralstelle zu schaffen, deren Aufgabe es sein soll, die Ueberführung der privatkapitalistischen Wirtschaft in die Gemeinwirtschaft planmäßig zu fördern und alle Bestrebungen innerhalb der gewerkschaftlichen Arbeit, die auf dieses Ziel gerichtet sind, zusammenzufassen.

Sichtlich der bekannten zehn Forderungen des ADGB, und der AFl wurde der Bundesvorstand beauftragt, die Macht der Gewerkschaften in jeder nur möglichen und geeigneten Weise unter Zuhilfenahme aller gewerkschaftlichen Kampfmittel dafür einzusetzen, daß die von ihm selbst aufgestellten Forderungen, insbesondere die Erfassung der Sachwerte, praktisch durchgeführt werden.

Gegen Preistreiberi und Wucher faßte der Kongress eine Entschliessung, in der es heißt: „... Zurzeit deutet das Durchschnittsarbeitseinkommen höchstens nur noch die Hälfte des notwendigen Unterhalts, gemessen an den Verhältnissen von 1914. Es ist also eine für die Volksgesundheit geradezu bedrohliche Senkung der Massenlebenshaltung eingetreten, die unweigerlich auch zu einer allgemeinen Herabdrückung der produktiven Leistungsfähigkeit führen muß.“

Wenn die gesamte Arbeiterschaft nicht unter der doppelten Last der Teuerung und einer ungeheuren Bürde an Steuern und Zöllen zugrunde gerichtet werden, oder die Gefahr der Selbsthilfe in bedrohlicher Weise heraufbeschworen werden soll, dann ist es dringend geboten, daß die Reichsregierung endlich wirksamere Maßnahmen gegen die Teuerung und ihre Urheber ergreift.“

Gegen den Brotwucher forderte der Kongress, daß dem Gesetze zur Sicherung der Brotversorgung eine Fassung gegeben werde, durch die die Brotversorgung der versorgungsberechtigten Bevölkerung in ausreichendem Maße zu erschwinglichen Preisen bei Deckung der Produktionskosten, aber unter völliger Ausschaltung von Konjunktur- und Wafutagewinnen gesichert wird.

„Indem der Kongress nochmals auf die Folgen der von gemäßigten Kreisen der Landwirte geforderten freien Wirtschaft in der Brotversorgung hinweist, erklärt er, daß er für die mit Sicherheit eintretenden katastrophalen Zustände jede Verantwortung ablehnt.“

Der Kongress nahm weiter einen kommunistischen Antrag zugunsten der Freilassung der politischen Gefangenen an, aber auch — bei Ablehnung durch die Kommunisten — folgenden Antrag:

„Der 11. Gewerkschaftskongress als Vertreter von ca. 8 Millionen Arbeitern und Arbeiterinnen Deutschlands erhebt flammenden Protest gegen die in Moskau getriebene Sowjetjustiz gegen die Sozialrevolutionäre. Der Kongress erwartet, daß die Sowjetregierung sofort eingreift, um dem in Berlin gegebenen Versprechen Erfüllung zu verschaffen. Der Kongress erwartet weiter, daß seitens der Sowjetregierung alles unternommen wird, um der Verteidigung ihre Aufgabe, die Empfindungen und Rechtsauffassungen des internationalen Proletariats vorzutragen, zu ermöglichen und ihr gerecht zu werden. Weiter appellieren wir an das gesamte russische Proletariat, mit allen Mitteln dafür zu wirken, daß für unsere angegriffenen Arbeitsgenossen in Rußland volle Freisprechung erfolgt.“

Zum Arbeitsrecht nahm der Kongress eine Entschliessung an, in der es heißt: „... Die vorgelagerten Gesetzentwürfe zur Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter sowie der Angestellten lassen das Bestreben erkennen, die Arbeitszeitregelung für die verschiedenen Arbeitnehmerkreise zu spezialisieren und zu differenzieren. Der allem wird in diesen Entwürfen der gesetzliche Achtstundentag durch ein wahres System von Ausnahmen derart durchlöchert, daß die achtstündige Arbeitszeit selbst zur Ausnahme werden wird. Der Kongress erhebt gegen diese Art von Gesetzgebung den entschiedensten Widerspruch und fordert ein einheitliches Gesetz für alle Arbeitnehmer, das den Achtstundentag als Höchstmaß der Tagesarbeitszeit anerkennt. Unter besonderer Voraussetzung ist für bestimmte Berufe eine kürzere Arbeitszeit gesetzlich festzulegen. Ueberarbeit darf nur zulässig sein, soweit die Verbände der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sich darüber voreinstimmig verständigen.“

Der Gewerkschaftskongress warnt dringend auf diesem Wege der Arbeitsgesetzgebung fortzuschreiten, der sich von dem Ziel eines zeitgemäßen und einheitlichen Arbeitsrechtes weit entfernt und schwere Konflikte mit den Arbeiterorganisationen auslösen muß.

Der Gewerkschaftskongress appelliert an alle Gewerkschaften, an dem Aufbau eines neuen Arbeitsrechtes im Sinne der einleitend erwähnten Leitätze (des Referenten Eingehimer) mitzuwirken und erwartet von den Arbeitgebervertretern, daß alle gesetzgebenden Körperschaften keinem Gesetzentwurf zustimmen, der errungene Arbeiterrechte preisgibt oder den Aufbau eines einheitlichen und wirklich sozialen Arbeitsrechtes erschwert.“

Für uns Textilarbeiter wurde eine Rundgebung gutgeheißen und uns Unterstützung im Kampf um die 46-Stunden-Woche zugesichert.

Ferner stimmte der Kongress Anträgen zu, durch die für Arbeiter, Angestellte und Beamte ein einheitliches Arbeitsrecht gefordert und diesen grundsätzlich das Streikrecht zuerkannt wird.

Die Arbeitsgemeinschaft wurde mit 3 800 000 gegen 3 500 000 Stimmen beibehalten.

(Wir müssen hier die Berichterstattung für diese Nr. schließen. Die Red.)

Konzentrationsbestrebungen auch auf kirchlichem Gebiete.

Betrachten wir die Konzentrationsbestrebungen oder Zusammenschlüsse auf volkswirtschaftlichem Gebiete, in Handel, Industrie und Verkehr (Zusammenschlüsse der Arbeitnehmer zu Verbänden sollen hier ausbleiben), so können wir in der Regel feststellen, daß diesem Vorgehen Tatsachen zugrunde liegen, die in erster Linie materiellen Motiven entspringen. Also Tatsachen, die nicht beruhen auf Entschliessung des freien Willens des einzelnen Unternehmers, sondern Tatsachen, aufgezungen von den gegebenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zuständen bzw. Verhältnissen. Oder, um mit der materialistischen Geschichtsauffassung zu sprechen: Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewußtsein (das Denken). Durch den gegebenen Zustand der zunehmenden Konkurrenz, verbunden mit Schwächung und Gefährdung des Profits, wurde der Unternehmer veranlaßt, sein Denken anders zu bestimmen als bisher. Er gab seinen Wahnanspruch: Entwicklung des einzelnen Individuums, ohne jedwede Hemmung auf und ließ sich bestimmen durch notwendig erscheinende Maßnahmen. Er schloß sich, den gesellschaftlich-wirtschaftlichen Gesetzen folgend, mit anderen Unternehmern, des materiell-finanziellen Erfolges wegen, zusammen.

Diese Erscheinungen sind schon vor vielen Jahren aufgetreten, heute aber ganz besonders sind sie zu einer allgemeinen Erscheinung geworden. Auch die Politik bedient sich öfters derartiger Wege, wenn auch hier das Finanzielle nicht der ausschlaggebende Faktor zu sein braucht, dafür aber den Hintergrund bildet. Schließt sich das Bürgerturn aller Schattierungen zusammen, so geschieht dies letzten Endes zur Erhaltung materieller Vorrechte. Also das Bewußtsein wird immer wieder bestimmt durch das gesellschaftliche Sein, nicht aber durch das Sein, durch die Seele — den Geist des Menschen.

Zu den eifrigsten Bekämpfern unserer Geschichtsauffassung gehörte neben dem Bürgertum in erster Linie die Kirche, ganz gleich, ob katholisch oder evangelisch. Man kämpfte mit allen Mitteln eine Organisierung der Arbeiterschaft — allerdings nur solche, deren Basis auf materialistischer Geschichtsauffassung beruhte. Immer und immer wieder suchte man die Arbeiterschaft auf das Verderbliche ihrer materialistischen Auffassung hinzuweisen; nicht der Mamon, sondern das „Herz“ mache den Menschen erst wirklich glücklich und friedfertig. Warum will man dem Arbeiter ein Recht streitig machen, das für andere zur Erhöhung und Sicherung ihres Profits bzw. ihrer Existenz als selbstverständlich gilt? Warum will man das diesem Recht zugrunde liegende wirtschaftliche Gesetz nicht auch für den Arbeiter anerkennen? Heuchelei ist der mildeste Ausdruck für dieses Gebahren.

Neuerdings hat sich selbst die Kirche die materialistische Geschichtsauffassung zu eigen gemacht. Manchen Kirchenfreund wird graues Entsetzen packen, wenn er dies vernimmt. Die Leser werden aber noch finden, daß es tatsächlich an dem ist.

Ende Mai d. J. wurde in Wittenberg ein „Konzern der evangelischen Landeskirchen Deutschlands“ gegründet. Bei diesen Gründungsfeierlichkeiten führte u. a. der Vorsitzende der bayerischen General Synode, Freiherr von Pechmann, aus (lt. „Frankf. Zeitung“ Nr. 388): „Mit dem Deutschen Reich haben auch die deutschen evangelischen Kirchen aus Ausland und im Ausland viel verloren. Innerhalb der neuen Grenzen sind einzelne Kirchen durch feindliche Mächte besonders stark gefährdet. Durch den Zusammenschluß sollen Quellen der Hilfe erschlossen werden.“

Was nichts anderes heißt, als daß die evangelischen Landeskirchen Deutschlands sich zusammengeschlossen haben, um ihre materielle Existenz zu sichern. Also auch die Kirche mußte sich von den gesellschaftlichen Verhältnissen — und nicht von den ideellen individuellen — bestimmen lassen. Ob nun die Anfeindungen auf Grund dieser Tatsachen von Seiten der Kirche gegen die Arbeiterschaft verflüchtigt werden?

Im übrigen erscheint uns diese Zusammenschlußbestrebung der Kirche bedenklich. „Es ist etwas faul im Staate Dänemark“. So schreibt nämlich die christliche „Textilarbeiter-Zeitung“ in Nr. 23 vom 10. Juni 1922 (später in einer Betrachtung „Der Siegeslauf des Marxismus“). Wäre es nicht angebrachter, das Gleichnis von dem faulen Staate auf die Kirche anzuwenden? Sollen wir wieder an die diesjährige Maiseier erinnern? Im übrigen werden die „die Kirche besonders stark gefährdenden feindlichen Mächte“ auch ihr Teil dazu beitragen, den „Siegeslauf des Marxismus“ zu beschleunigen.

In der bereits erwähnten Mitteilung der „Frankfurter Zeitung“ über den kirchlichen Zusammenschluß wird ganz besonders betont, daß bei den Gründungsfeierlichkeiten „das eigentliche Kirchenvolk fast vollkommen unvertreten war“.

Wie schreibt doch die christliche „Textilarbeiter-Zeitung“ in Nr. 21 dieses Jahres?: „Sein Klassenprinzip, auf das er (der Sozialismus) eingeschworen ist, ist volkstümmelnd statt volksverbindend“. — Legt die Ausschaltung des „eigentlichen Kirchenvolkes“ bei solchen bedeutungsvollen Handlungen nicht beredtes Zeugnis ab, daß wir auch in der Kirche eine Klassenherrschaft, eine beherrschte und eine herrschende Klasse haben, was selbst in der Kirche nicht volksverbindend, sondern volkstümmelnd wirken wird und muß? Auch hier wird der Gärungsprozeß entstehen und mit dazu beitragen, dem Marxismus trotz christlicher „Textilarbeiter-Zeitung“ zu seinem Siegeslauf zu verhelfen. **M a g f ö r s t e r.**

**Gustav Proll tot.**

Unser früherer langjähriger Vorsitzender unserer Filiale Landes- hut i. Schles. ist nach jahrelanger Krankheit gestorben. Gustav Proll war ein ruhiger, überlegter Mann, der nach dem großen Streit von 1907 gemäßigter wurde. Er genoß großes Vertrauen in der hiesigen Arbeiterschaft, so daß sie ihn mit dem Amt eines Arbeiterssekretärs betraute. Nach der Revolution wurde er in der Stadt Landeshut, in welcher sich die Klassengegensätze sehr scharf ausprägten, zum zweiten Bürgermeister gewählt. Seine fortschreitende Krankheit zwang ihn, seine Ämter, ebenso auch als Bürgermeister, niederzulegen. Wir danken unserem Gustav Proll übers Grab hinaus für all die opfernde Arbeit im Interesse unseres Verbandes sowie der gesamten Arbeiterbewegung. Möge die junge Kollegen- schaft sich an seinem Wirken ein Beispiel nehmen. Möge die Erde ihm leicht sein!

**Neue Postfächer ab 1. Juli 1922.**

- 1. Briefporto im Ortsverkehr bis 20 Gramm 1 Mk., über 20 bis 100 Gramm 2 Mk. und über 100 bis 200 Gramm 3 Mk.
- Im Fernverkehr bis 20 Gramm 3 Mk., über 20 bis 100 Gramm 4 Mk. und bis 250 Gramm 5 Mk.
- Die Postkarte soll im Fernverkehr 1,50 Mk. kosten, im Ortsverkehr 75 Pf. Die Druckfächertarte unterliegt der Gebühr für Druckfächer bis 20 Gramm.
- Bei Druckfächern bis 20 Gramm 50 Pf., 75 Pf. bei 20 bis 50 Gramm, 1,50 Mk., bei 50 bis 100 Gramm, 3 Mk. bei 100 bis 250 Gramm, 4 Mk. bei Druckfächern bis 500 Gramm und 5 Mk. bei 500 Gramm bis 1 Kilogramm.

**Berichtigung.**

In dem Bericht über die Betriebsrätekonferenz für den Gau Schlesien in voriger Nummer lassen wir die Kollegin H o p p e sagen: „Bei der Gewerbeaufsicht müssen Arbeiterinnen beigeordnet werden, welche praktische Erfahrung haben und auch den sozialen Willen, energisch für ihr Geschlecht einzutreten. In Sachsen sind schon 13 Arbeiterinnen bei der Gewerbeaufsicht eingestellt, leider ist darunter keine einzige Kollegin vorhanden.“ Es muß hier statt Arbeiterinnen heißen Arbeiter. Kollegin Hoppe rügte, daß die Kollegen den Kolleginnen immer noch voran- gestellt werden.

**Aus den Gewerkschaften.**

**Kongress der christlichen Arbeiterinnenvereine Frankreichs**  
Die zum christlichen Gewerkschaftsbund in Frankreich gehörenden Frauenvereine hielten vom 17. bis 20. März in Paris eine besondere Tagung ab. An den ersten beiden Tagen traten die einzelnen Berufs- und Bezirksverbände zusammen. Der Gesamtkongress am 19. wurde ein allgemeiner Bericht vorgelegt, besonders auch über die Tätigkeit der Vereine auf dem Gebiete der Berufsberatung, gewerkschaftlicher Fortbildung, Arbeitslosenfürsorge, genossenschaftlicher Produktion, Schutz der Löhne, soweit nicht die Lebenskosten sich ändern, Entwicklung der kollektiven Arbeitsverträge, wöchentlichem Ruhetag, freier Sennabendnachmittag sowie Gründung von Vereinen zur gegenseitigen Unterstützung. Am nächsten Tage beschäftigte sich die Konferenz mit Berichten über gesundheitsgefährliche Berufe der Frauen, Berufsberatung sowie mit dem heutigen ungesunden Verhältnis zwischen Arbeitsbedingungen und Befähigung.

**Die internationale Damenschneidergewerkschaft in Amerika und die internationale Isolierung des amerikanischen Gewerkschaftsbundes.**

Auf dem Kongress der Internationalen Damenschneidergewerkschaft (International Ladies Garment Workers Union — über 130 000 Mitglieder), der im Mai 1922 in Cleveland stattfand, wurde folgende Resolution angenommen:

„Da die modernen Methoden der Warenproduktion und -verteilung die Produzenten aller Länder untrennbar verbunden haben:

da die Kapitalisten und Bankiers aller Länder vereint bestrebt sind, den Lebensstandard der Arbeiter in der ganzen Welt auf ein niedrigeres Niveau zu bringen;

da die Arbeiter den internationalen Angriffen des Kapitals nur durch vereinten Kampf in internationalem Maßstab und durch lokale Unterstützung und Zusammenwirken aller Lohnarbeiter ohne Rücksicht auf nationale Grenzen Widerstand leisten können;

da die Arbeiter aller fortgeschrittenen Länder in Anerkennung dieser Zwangslage sich solidarisch in einem Internationalen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossen haben;

da der Amerikanische Gewerkschaftsbund die einzige große nationale Arbeiterorganisation ist ohne internationale Verbindungen;

so erklärt die Internationale Damenschneidergewerkschaft auf ihrem zweijährigen Kongress, daß sie die Isolierung der organisierten Arbeit in Amerika als eine rückwärtliche und schädliche Politik ansieht.

Deswegen beauftragt sie ihre Delegierten zum bevorstehenden Kongress des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes, auf diesem Kongress eine Resolution einzubringen, die vom Amerikanischen Gewerkschaftsbund die sofortige Wiederaufnahme seiner internationalen Verbindungen fordert.“ („The New York Call“, 14. 5. 1922.)

**Internationaler Holzarbeiterkongress.**

Vom 12. bis 15. Juni fand in Wien der Kongress der Internationalen Union der Holzarbeiter statt. 43 Delegierte vertraten 28 Organisationen aus Belgien, Bulgarien, Deutschland, Dänemark, England, Holland, Italien, Norwegen, Oesterreich, Polen, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn. Von den beiden französischen Organisationen hat die nach Moskau orientierte ihre Vertretung dem Schweizer Delegierten, die andere die ihrige den Belgiern übertragen.

Aus dem Geschäftsbericht des Sekretärs, erstattet von Woudenberg, Amsterdam, ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl der angeschlossenen Organisationen, die 1919 759 850 betrug, auf 856 163 angewachsen ist, obwohl der französische Bau- und Holzarbeiterverband, der damals 115 000 Mitglieder zählte, sein Verhältnis zur Internationalen Union der Holzarbeiter gelöst hat, um allein der Bauarbeiter-Internationale anzugehören. Die Klassenverhältnisse sind infolge der Valutenschwankungen ungünstig, sie müssen neu geregelt werden. Aus den Mitteilungen über die Lage in den einzelnen Ländern ist bemerkenswert, daß eine merkliche Annäherung des amerikanischen Verbandes stattgefunden hat. Die beabsichtigte Entsendung von Vertretern zu diesem Kongress konnte allerdings nicht ausgeführt werden, aber die Amerikaner haben eine Einladung zur Entsendung von Vertretern zwecks Studiums der Verhältnisse in Europa angenommen.

Beim Punkt Statutenberatung wurden einige Änderungen des jetzt geltenden Regulativs der Internationalen Union vom Exekutivkomitee vorgeschlagen und vom Kongress bestätigt.

Nach Erledigung der Statutenberatung hielt der Sekretär des IOB. F. J. M. van Amsterdam ein instruktives Referat über die allgemeine Wirtschaftslage und die gewerkschaftliche Organisation. Wegen der vorgeschrittenen Zeit wurde auf eine Diskussion verzichtet.

Als Beitrag für die Internationale Union wurde bestimmt, daß grundsätzlich jede Organisation jährlich für je 1000 Mitglieder 15 Gulden holländischer Währung abzuführen hat. Für die Länder mit starker Geldentwertung soll jedoch das Exekutivkomitee eine besondere Regelung treffen. Für Deutschland und Oesterreich wurde dementsprechend der Jahresbeitrag auf 20 Wochenbeiträge pro 1000 Mitglieder bemessen.

Das bisherige Exekutivkomitee wurde wiedergewählt.

**Aus der Textilindustrie.**

**Vom französischen Wollmarkt.** Die Lage auf dem französischen Wollwarenmarkt gestaltet sich weiter günstig. Die Kommodnachfrage in Roubaix hat allerdings, schon Ende der Vormache, leicht nachgelassen, obwohl Differenzen mit der Roubaixer Textilarbeitergewerkschaft schnell beigelegt waren. Die Kammerarspinnereien sind auf Monate hinaus genügend beschäftigt, und auch in den Streichgarnspinnereien ist laut Meldung aus Elbeuf der Beschäftigungsgrad zufriedenstellend. Nur die Kunstwollspinnereien stehen zurzeit weniger günstig. — Für Wirkwaren sind mehrere umfangreiche Aufträge eingegangen. Gewebe werden ebenfalls weiter gut nachgefragt. Die Ausfuhr, auch aus Mazamet, nimmt ständig zu.

**Beigelegter Streit in Roubaix-Tourcoing.** Nach einer Meldung aus Lille hatten bereits am 27. Mai 200 der in Roubaix-Tourcoing ausständigen Färbereiarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen, man erwartet allgemeinen Streikabbruch. — Indes haben die französischen Textilarbeiter zusammen mit den anderen Gewerkschaften energig Protest eingelegt gegen die auf einer kürzlich stattgehabten Konferenz der Unternehmerverbände beschlossene Verlängerung des Achtstundentages und für den schlimmsten Fall die Arbeiter zum Streik aufgerufen.

**Ueber die Lage der englischen Baumwollindustrie** wird im englischen „Economist“ ein Artikel veröffentlicht, worin eine erhebliche Verbesserung gemeldet wird. Es sind wieder mehr Spindeln im Betrieb und die Arbeitslosigkeit in Lancashire ist kleiner geworden. Die unverkauften Vorräte in den verschiedenen Zentren zeigen eine erhebliche Verminderung. Die gegenwärtige Produktion ist etwa 50 Proz. der Kapazität. Abgeliefert wurden in den ersten drei Monaten 1921 1 123 885 200 Quadratyards Gewebe, in derselben Zeitperiode 1920 726 017 700 Quadratyards Gewebe, in derselben Zeitperiode 1922 894 927 000 Quadratyards Gewebe. Gegenüber dem Vorjahre ist also eine erhebliche Verbesserung wahrzunehmen. Dies ist jedoch nicht der Fall bei den Preisen. In den ersten drei Monaten 1920 stellte sich die Produktion auf 65,79 Millionen Pfund Sterling und im Jahre 1921 50,50 Millionen Pfund Sterling und im Jahre 1922 34,46 Millionen Pfund Sterling. — Ebenso wie in den Webereien ist auch in den Spinnereien der Umfang der Produktion gestiegen. Verschiedene Unternehmen konnten die unverkauften Vorräte vermindern. In vielen Fabriken sind alle Maschinen wieder im Betrieb und die Arbeitszeit wurde verlängert.

**Wiedereröffnung der nordfranzösischen Kammzug-Terminbörse.** Zum erstenmal nach dem Kriege ist in Roubaix-Tourcoing die Kammzug-Terminbörse bei beschränkten Umsätzen wiedereröffnet worden.

**Keine Schließung der Garn- und Flachsbörse in Landeshut (Schl.).** Die Nachrichten von einer vollständigen Schließung der Garn- und Flachsbörse in Landeshut sind unzutreffend. Nur im Juli d. J. fällt die Börse aus.

**Die Auktionen französischer Wollen in Reims, Joumies usw.,** die seit dem Kriege nicht mehr abgehalten wurden, findet jetzt wieder regelmäßig statt. Im allgemeinen ist das Schwaerergebnis, obwohl die Orte im Kriege sehr gelitten haben, in bezug auf Beschaffenheit und Menge befriedigend.

**Aus der internationalen Textilindustrie.** Der allgemeine Geschäftsgang in Schweden ist besser geworden, ebenso in Norwegen, während er in Dänemark ruhig bleibt. Verdrauensvoller ist die Lage der Baumwollindustrie in Italien, wo die Subfaktanten sehr gut beschäftigt sind und sich der Verkehr in wollebenen Webwaren auch gebessert hat. Die Situation in der Seidenindustrie

ist unsicher. Flott zu tun haben noch die Wollwarenfabrikanten in Nordfrankreich, auch im Elsaß ist man gut beschäftigt. Schwankend ist die Lage bei den Seidenfabrikanten, ebenso in der Baumwollindustrie. Befriedigend haben die Hersteller wolleener Webwaren in Belgien zu tun, während andererseits die Baumwoll- und Seidenfabrikanten in diesem Lande mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Die Ausfuhrfähigkeit der englischen Textilindustrie ist reger geworden. Aus der Tschechoslowakei kommen keine günstigen Nachrichten, ebensowenig aus Oesterreich. In der Textilindustrie der Vereinigten Staaten ist neuerdings ein Aufschwung bemerkbar.

**Von den Baumwollmärkten.** Das Geschäft am Bremer Baumwollmarkt lag in der Berichtswoche nach den Pfingstfeiertagen äußerst ruhig.

Der amerikanische Baumwollmarkt ist noch immer sehr fest unter dem Eindruck erneuter schlechter Erntestandsmeldung. Man rechnet auch mit einem starken Auftreten des schädigenden Baumwollwurmes. Die amerikanischen Eigner verhalten sich abwartend, und auch von Bremen aus besteht keine große Neigung zu kaufen, so daß das Anportgeschäft in Bremen ebenfalls ruhig lag. Die New-Yorker Notierungen für amerikanische Baumwolle per Juni haben wieder stark angezogen und lagen am 10. Juni mit 22,31 Cents mehr als 150 Punkte über der Schlussnotierung der Vorwoche. Am 3. Juni war die Notierung 20,63 Cents und am 7. Juni 21,21 Cents.

Die offizielle Tendenz der Bremer Baumwollbörse lautet: Unter dem Einfluß der Feiertage hielt sich das Geschäft in engen Grenzen. In Amerika hat sich die Lage weiter vertieft, und es schienen sich die Vorräte in recht festen Händen zu befinden.

Der Bremer Preis für amerikanische Baumwolle fully middling good colour and staple, 1600 zsg ebenfalls bedeutend an. Er lautete am 2. Juni 138,30 Mk., am 6. Juni 143,40 Mk., am 9. Juni 151,40 Mk. und am 10. Juni 169,70 Mk.

Die Schlussnotierungen (6 Uhr abends) vom 9. Juni für alle in Bremen notierten Baumwollsorten amerikanischer Provenienz lauten (Preise in bar, ohne Abzug, Markt für ein Risiko): middling fair 131,60 Mk., fully good middling 157,40 Mk., good middling 154,40 Mk., fully middling 151,40 Mk., middling 147,80 Mk., fully low middling 144,20 Mk., low middling 140 Mk., fully good ordinary 134,60 Mk., good ordinary 129,20 Mk., ordinary 120,20 Mk.

In der am 2. Juni abgelaufenen Berichtswoche wurden dem Bremer Markt neu zugeführt: 12 663 Ballen Baumwolle (gegen 33 112 Ballen in der Vorwoche).

Vom Bremer Markt wurden wieder ausgeführt 31 563 Ballen (32 667). Der Bremer Baumwollvorrat betrug am 9. Juni 239 610 Ballen gegen 258 510 Ballen am 2. Juni.

Schwimmend für Bremen waren in der Berichtswoche etwa 60 000 Ballen. Angelommen sind in derselben Zeit vier Baumwoll- dämpfer, und zwar ein Dämpfer aus Charleston und Wilmington mit 2632 Ballen bzw. 6000 Ballen, ein Dämpfer aus New York mit 134 Ballen, ein Dämpfer aus New Orleans mit 1897 Ballen und ein Dämpfer aus Charleston mit 2000 Ballen.

(Konfektionär.)

**Russischer Flach gegen deutsche Farben.** Die Verwaltung des russischen Textil-Syndikats hat, wie die „Textil-Woche“ erfährt, mit der russischen Gesellschaft „Flachshandel“ einen Vertrag geschlossen, nach welchem der Gesellschaft der Auftrag erteilt wird, 250 000 Rub. Flach, die dem Syndikat gehören, im Ausland zu realisieren. Es wird beabsichtigt, die erste Partie Flach von 50 000 Rub. bereits Mitte Juni für den Export bereitzustellen. Die Verwaltung des Syndikats beabsichtigt, die durch den Verkauf des Flaches eingenommene fremde Valuta für den Kauf von Farben und der allernotwendigsten Gegenstände zur technischen Ausrüstung von Textilfabriken zu verwenden. Es wird in Aussicht genommen, mit den größten deutschen Farbenproduzenten direkte und dauernde Geschäftsbeziehungen anzuknüpfen. Die Unterstützung bei der Flachsausfuhr seitens des Volkskommissars für den Außenhandel ist gesichert, da diesem die Hälfte der Aktien der Gesellschaft „Flachshandel“ gehören. Die Bedeutung der beabsichtigten Operation ist sehr groß, denn dieselbe soll als Einleitung eines regelmäßigen Warenaustausches der russischen Textilwirtschaft mit dem Ausland dienen, ohne welchen die Wiederherstellung der Produktionskraft der russischen Fabriken nicht denkbar ist.

**Soziale Rundschau.**

**Der Arbeitsmarkt Ende April.**

Die Besserung des Arbeitsmarktes hat auch für April angehalten. Die Zahl der erwerbslos gemeldeten Gewerkschaftsmitglieder ist auf 0,9 v. H. gesunken und hat damit den bisher überhaupt erreichten niedrigsten Stand erreicht. Die Krankenkassen weisen im April einen weiteren Zuwachs von 285 000 Mitgliedern auf. Die Zahl der durch die Erwerbslosenfürsorge Erfassten ist von 212 572 am 1. März auf 116 302 am 1. April und 69 017 am 1. Mai gesunken. Inzwischen ist eine weitere erhebliche Senkung der Zahl der Unter- stützungsempfänger eingetreten. Dazu trägt jedoch außer der all- gemein günstigen Lage des Arbeitsmarktes die unachtsamliche Sprung der Unterstützung bei langfristigen Arbeitslosen bei, die bereits zu erheblichen Beschwerden an das Arbeitsministerium führte.

Es darf aber nicht über den günstigen Zahlen des Arbeitsmarktes die nahe Gefahr einer neuen Währungs- und Wollkrisis mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend übersehen werden. Immer deutlicher mehr zeigen sich die Zeichen einer herannahenden Krise. Die unsinnige Preispolitik von Industrie und Landwirtschaft hat die Spanne zwischen dem inneren und dem äußeren Wert unserer Zahlungsmittel immer geringer werden lassen und damit eine der Haupt- sachen unseres Exports ins Wanken gebracht. Noch läßt sich nicht überschauen, wann und in welchem Umfange die Krise eintreten wird, aber kommen wird sie. Es kann daher nicht oft und nicht dringend genug allen Verantwortlichen, seien es Behörden oder Ver- tretungen der Arbeiter und der Unternehmer, die Mahnung zuge- rufen werden: Baut vor! Sorgt schon jetzt für Bereistellung von wirtschaftlich notwendigen Arbeiten, damit später die Erwerbslosen aufgefangen werden können!

**Die Arbeitslosigkeit im Ausland.**

In England waren Ende April 17,4 v. H. der Gewerkschafts- mitglieder erwerbslos gemeldet. Von den rund 12 1/2 Millionen Mit- gliedern der Arbeitslosenversicherung wurden am 10. April 1 648 441 als völlig arbeitslos und 187 000 als Kurzarbeiter unterstützt. Darin zeigt sich wohl eine Besserung gegen die Vormonate, aber doch nur eine geringe, und die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor das große Problem der englischen Wirtschaft.

Aus Italien liegen neuere Zahlen nicht vor. Bis Ende Fe- bruar ist ein ununterbrochenes Steigen der Arbeitslosigkeit zu be- obachten. Der letzte Ausweis gibt 607 000 Arbeitslose an.

Die skandinavischen Länder zeigen eine geringe Besse- rung. Immerhin melden die dänischen Gewerkschaften noch Ende April 24 v. H. der Mitglieder arbeitslos. Die schwedischen Ge- werkschaften geben für Ende März 31 v. H. der Mitglieder als arbeitslos an. Norwegen meldet 21 v. H. der Gewerkschafts- mitglieder arbeitslos.

In der Schweiz zeigt sich eine geringe Besserung. Jedoch sind noch immer Ende April fast 82 000 Vollerwerbslose gemeldet. Die Zahl der Kurzarbeiter ist noch gestiegen.

**Die Entwicklung der Löhne in Großbritannien.**

Von 1914 bis 1920 waren die Löhne in verschiedenen Berufen durchschnittlich um 120 bis 130 Proz. gestiegen, in einigen Fällen um 200 Proz., in Ausnahmefällen sogar um 300 Proz. Seit Ja- nuar 1921 hat ein ständiger Lohnabbau eingesetzt, so daß in einigen Fällen, z. B. im Falle der Bergarbeiter einzelner Reviere, die Lohn- höhe im Februar 1922 die der Vorkriegszeit nur noch um 20 Proz.

überflieg. Nur bei den niedrigst bezahlten Gruppen haben manche Arbeiter noch einen Lohn, der 150 Proz. höher ist als vor dem Kriege.

Der ungewogene Durchschnitt der Standardlöhne in den wichtigsten Arten war für einige Berufe wie folgt:

Table with columns: Beruf, Wochenlöhne (4.8.1914, 31.12.1920, 28.2.1922), and Wechseltären (31.12.1920, 28.2.1922). Rows include categories like Baugewerbe, Maschinenbau, Buchdruck, etc.

glied seit 1920; Engler Mag. Weber, Mitglied seit 1919; Zerrnener, Alfred, Weber, Mitglied seit 1919.

Kollegen und Kolleginnen, merkt Euch diese Leute, welche wohl ernten, aber nicht säen wollen.

Ettingen. Eine am Montag, den 5. Juni, im Hotel Neurod (Albtal) tagende Konferenz des Deutschen Textilarbeiterverbandes (Filiale Ettingen) beschäftigte sich u. a. mit dem Verhalten der christlichen Funktionäre am Orte.

Halle a. d. S. Unsere Mitgliederversammlung vom 17. Juni hieß die Ausschreibung der Erhebung doppelter Beiträge gut. Die nicht in der Versammlung erschienenen sollen noch besonders über die Sachlage aufgeklärt werden.

Naika. Auf Grund des § 4 Abs. 2 des Statuts werden die Mitglieder Hans Guth, Ernst Baals, Georg Lang, Max Drecher, Hans Geiser, Karl Geiser, Hans Gebel, Karl Kiehl und Hans Staubiger, sämtlich beschäftigt bei der Firma „Oberfränkisches Textilwerk“ in Schwarzenbach a. W., ausgeschlossen.

Sommerfeld. Am Dienstag, den 20. Juni, fand im Schützenhaus eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, welche sich infolge der drohenden Aussperrung der Textilarbeiter in Süddeutschland notwendig machte.

Regentropfen.

Ein Regentropfen sprach zum andern Regentropfen: Müßt wissen, warum wir an diese Fenster klopfen.

Der andre Tropfen sprach: Hier wohnt ein Kind der Not, und dem verkünden wir: Es wächst, es wächst das Brot!

Morig Hartmann.

Literatur.

Dr. Ing. Erwin Gutfind: Vom städtebaulichen Problem der Einheitsgemeinde Berlin. In tabellarischer Friedensausstattung. Preis 30 Mk., zuzüglich 20 Proz. Coriments-Teuerungszuschlag.

Uffige Geschichten von der Eisenbahn. Von Theodor Thomas. Illustriert von Rudi Heinsch. Verlag: Union-Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H., Abteilung Buchhandlung, Frankfurt am Main.

W. Reimes: Ein Gang durch die Wirtschaftsgeschichte. Sechs volkstümliche Vorträge mit einem Geleitwort von Professor Heinrich Cunow. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Stuttgart, und Buchhandlung Vorwärts, Berlin, 1922. 205 S.

Zu dem Werkchen sagt Koske im „Korrespondenzblatt“: Die Vorträge sind in einem lebenswahren, eindringlichen Tone geschrieben, der auf den Leser einen nachhaltigen Eindruck ausübt.

Es ist erstaunlich, wie der Verfasser umfassenden Stoff meistert und wie er uns klar und sicher vom Urkommunismus zum Hoch-

kapitalismus führt. Seine Ausführungen klingen dann in einem begeisterten und begeisterten Optimismus für den Sozialismus aus. Und dieser sozialistische Optimismus tut uns Arbeitern bitter no!

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 2. Juli ist der 26. Wochenbeitrag fällig.

Laut Beschluß der Generalversammlung ist ein Stundeneinkommen als Verbandsbeitrag abzuführen.

Hilfsarbeiter gesucht!

Für die Filiale Bar men unseres Verbandes wird ein Hilfsarbeiter für den Außendienst gesucht. (Es wird auf eine tüchtige Kraft reflektiert.) Bedingung für die Bewerbung ist: Mindestens dreijährige Mitgliedschaft und während dieser Zeit volle Beitragszahlung.

Abresenänderungen.

Gau Barmen. Gronau. W. V: Emanuel Leopold, Schieferstraße 11. K: Adam Schielein, Geschäftsführer, Mühlenmathe 46.

Gau Augsburg. Augsburg. V: W. Janu, Mittleres Kreuz 280 bis 283. K: Karl Carron, Geschäftsführer, Mittleres Kreuz 280 bis 283.

Zusammenkünfte.

Freiburg. Dienstag, 4. Juli, in der „Union“, Bertheisdorfer Straße.

Neustadt (Orla). Freitag, 7. Juli, abends 8 Uhr, im „Waldschlößchen“.

Julda. Freitag, 7. Juli, im „Frankfurter Hof“.

Kiel. Sonnabend, 8. Juli, abds. 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Breslau. Stickerei- und Posamentenbranche. Donnerstag, 6. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Leobschütz. Sonnabend, 8. Juli, im Volkshaus, Coseler Str. 6. Schloßheim. Dienstag, 11. Juli, abends 8 Uhr im Ratskeller.

Verstorbene Mitglieder. Auerbach i. Erzgeb. Friedr. Rob. Schulz.

Bayreuth. Thomas Schreier; Max Schumann,ained.

Burkhardtshof. Franziska Hättel.

Chemnitz. Emma Martha Bente; Justine Tippner; Ella Anna Köhler; Martha Zeißig; Paul Lehmann; Kamilla Krause; Hildegard Ubricht; Else Dietrich.

Coesfeld. Marie Schippers.

Ebingen. Andreas Jatter.

Elmhöran. Amalie Sievers.

Glauchau. Alma Schid; Max Jahn.

Kaiserslautern. Heinrich Kiehaber; Margarete Schifer.

Kirchhain-Eunewalde. Ernst Adler, Karlsberg.

Leipzig. Reinhold Eißke.

Markredwitz. Lina Frank, Brand.

Naika. Johann Taubete, Schauenstein.

Oberkistenau. Julius Ernst.

Plauen i. V. Willi Kirchner; Ida Müller; Karl Reishewitz; Maria Müller; Marie Adler; Max Kamis; Wanda Hohberger.

Seidenberg. Gustav Schulze.

Spremberg. Martha Kreuhiger; Berta Erfurt; Pauline Menzel; Emma Brentkreuz; Ferdinand Heister; Max Kiesel; August Franke; Franz Dabow.

Thalheim. Ida Lieberwitz, Wainersdorf.

Wierßen. Frau Giffissen; Josef Conzen.

Zwickau. Elisabeth Bogmann; Minna Lehner; Klara Trommler.

Ehre ihrem Andenken!

Bernhard Potthoff,

einmal erster Vorsitzender im Volkshaus zu Köln, wird ersucht, uns seine jetzige Adresse anzugeben. Er war in den letzten Jahren in Hamburg, Hannover, Osnabrück, Rheine, Beuel tätig.

Wir suchen zum sofortigen Antritt einen tüchtigen Werkmeister.

Friedr. und E. Wenß, Wustrow in Hannover. Mechanische Leinwandweberei.

Tüchtige, ausgebildete, ledige

Treden- und Web Spinnerinnen

aus der Hanf-, Flachs- oder Jutespinnerei von süddeutscher Hanfspinnerei

bei guter Entlohnung gesucht.

Für Unterkunft und Verpflegung ist gesorgt. Angebote erbeten unter Nr. 456 an die Expedition des Blattes.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Freitag, 30. Juni

Verlag: Karl Hübsch in Berlin, Magazinstr. 6-7. Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Dreßel in Berlin, für alles andere Paul Wagener in Berlin. - Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

# Wirtschaftliche Beilage zum „Textil-Arbeiter“

**Inhalt:** Wirtschaftliche Uebersicht. — Der gegenwärtige Preis des Markenbrotcs. — Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im Monat 1922. — Technisches. — Rohstoffproduktion. — Von den Aktien-Gesellschaften der Textilindustrie.

## Wirtschaftliche Uebersicht.

Die Konferenz von Genäva ist vorüber gegangen, ohne daß sie eine entscheidende Beeinflussung der westpolitischen Fragen gebracht hätte. Auch die Bankierkonferenz von Paris, die sich besonders mit dem deutschen Reparationsproblem befassen sollte, und von der man eine günstige Einwirkung auf die wirtschaftliche Lage erwartet hatte, ging ohne Ergebnis auseinander. Trotzdem wird allgemein die internationale Situation nicht für so unsicher betrachtet, daß der Zusammenbruch der Weltwirtschaft unvermeidlich wäre. Im Gegenteil, die führenden kapitalistischen Kreise in allen Ländern machen die äußersten Anstrengungen, um bei der von ihnen in Kürze erwarteten Hochkonjunktur als erste dabei zu sein. Daß selbst in Deutschland die wirtschaftspolitische Lage ziemlich optimistisch angesehen wird, geht aus der Tatsache hervor, daß die Börse auf das vorläufige Scheitern der internationalen Anleihe für Deutschland bisher nur schwach reagiert hat. Der Kurs der ausländischen Devisen stieg nach dem Abbruch der Pariser Konferenz nur um 10 bis 15 Proz., das heißt, er blieb vergleichsweise fast stabil, denn bei früheren ungünstigen politischen Ereignissen hat noch regelmäßig eine stürmische Hausse eingesezt, die beispielsweise nach dem Londoner Ultimatum im vorigen Jahre den Dollarkurs in ganz kurzer Zeit auf das Fünffache der bisherigen Höhe hinauftrieb.

In der Industrie und im Handel amete man erleichtert auf. Die von einem günstigen Ausgang der internationalen Verhandlungen erwartete Verbesserung des Marktkurses blieb aus, man nimmt an, daß die Preisgestaltung sich in den nächsten Monaten nicht verändern wird; sollte die deutsche Valuta sich wiederum verschlechtern, so steht eine neue Konjunktur bevor. Hatte man einige Zeit lang Zurückhaltung geübt, so gehen jetzt wieder neue Aufträge in befriedigender Zahl ein, so daß die Fabriken allgemein bis zum Herbst hinein beschäftigt, einige Industrien sogar schon für den Anfang des nächsten Jahres mit Bestellungen versehen sind. Allerdings ist man im allgemeinen vorsichtig geworden, man hat das Gefühl, daß die deutsche Wirtschaft jetzt unmittelbar vor einem Wendepunkt steht, daß ganz andere Faktoren als bisher ihre weitere Entwicklung beeinflussen werden.

Besonders bemerkenswert ist die augenblickliche

### Lage auf dem Geldmarkt.

Das Börsengeschäft hat sich in den leztvergangenen Jahren außerordentlich ausgedehnt, die Banken konnten den Geschäftsgang zeitweise überhaupt nicht mehr bewältigen, in großer Zahl sind Erweiterungen vorgenommen worden, ununterbrochen entstanden neue Bankunternehmungen. Seit Wochen herrscht nun an der Börse eine völlige Geschäftstille. Das Börsengeschäft ist erlahmt, „einer Regungslosigkeit verfallen, wie man sie vor wenig Monaten nicht für möglich gehalten hätte“, berichtet die „Vossische Zeitung“. Als Gründe für diesen Stillstand werden zunächst angegeben, daß es der Börsenspekulation an Geld fehle; außerdem habe man sich selten einer solchen Unklarheit der wirtschaftlichen Aussichten gegenüber befunden wie jetzt, und schließlich seien die Anforderungen der staatlichen und kommunalen Verwaltungen an den Geldmarkt so groß geworden, daß eine Verknappung des Kapitalmarktes eingetreten sei. Die Neubildung von Kapital bleibe bei uns hinter seiner Aufzehrung und dem Bedarf zurück, die Zuführung von fremdem Kapital durch eine wirklich große Anleihe werde deshalb zu einer immer dringlicher werdenden Notwendigkeit. Die eigentliche Ursache der augenblicklichen Geschäftstille an der Börse dürfte aber in der Tatsache zu suchen sein, daß eine weitere Aufwärtsbewegung der ausländischen Devisen und der Effekten nicht mehr erwartet wird und daß deshalb für die geschäftsmäßige wie für die private Spekulation jeder Anreiz zu weiterer Betätigung genommen ist.

### In der Textilindustrie

kamen die gleichen Tendenzen zum Ausdruck wie in der Wirtschaft im allgemeinen. Während der Genueser Verhandlungen hielt man sich zurück, danach setzte wieder regere Kaufkraft ein, und nach dem Scheitern der Pariser Verhandlungen und der neuen, wenn auch verhältnismäßig unbeträchtlichen Verschlechterung des Marktkurses spürte man auf dem Textilmarkt sogar wieder einen lebhafteren Geschäftsgang. Bei den Industriellen scheint man sich um die kommende Zeit keine großen Sorgen zu machen. Zunächst liegen noch für viele Monate feste Aufträge vor, zu deren Abnahme der Handel selbst bei weichen Preisen gezwungen ist. Dann aber hat die jetzt schon über ein Jahr andauernde glänzende Konjunktur so riesige Gewinne abgeworfen, daß sich fast alle Unternehmungen innerlich bedeutend befestigen konnten. Die Unternehmer fürchten deshalb auch nicht eine vorübergehende Geschäftstille, die möglicherweise mit der Stabilisierung des Marktkurses kommen könnte. Uebrigens treffen sie jetzt auch schon Anstalten, um das Risiko für ungünstigere Zeitverhältnisse den Arbeitern aufzuerlegen. In dem Vorgehen der Textilindustriellen gegen die 46-Stundenwoche liegt eine wohl-erwogene Absicht. Man glaubt, der Arbeiterschaft den Kampf gerade jetzt anbieten zu können, wo wir möglicherweise vor einem völligen Umschwung in der wirtschaftlichen Konjunktur stehen. Der Deutsche Textilarbeiterverband hat die Zeichen der Zeit richtig verstanden und alle Maßnahmen zu erhöhter Kampfbereitschaft der Organisation getroffen. An den Arbeitern liegt es, durch straffen Zusammenhalt den Plänen des Unternehmertums zu begegnen; nichts könnte den Industriellen in der jetzigen Situation willkommen sein, als wenn sich einzelne Arbeiterkategorien durch unverantwortliche Drahtzieher zu Teilsaktionen verleiten ließen, die gegenüber den straff organisierten Unternehmerverbänden von vornherein zum Scheitern verurteilt sind.

### Auf den Märkten für Rohstoffen

herrscht zurzeit feste Tendenz, die Preise sind auf den Hauptstapelplätzen der Welt im Steigen begriffen. Aus Eng- und wird starker Bedarf besonders für das Inland gemeldet,

auch in Frankreich herrscht Haussestimmung. Die Wollversteigerungen in Australien, auf den La Plata-Märkten, in London haben große Nachfragen bei anziehenden Preisen gebracht. Für amerikanische Baumwolle steigen die Preise gleichfalls, da über den diesjährigen Erntestand ungünstige Meldungen vorliegen. Am 3. Juni wurde die Baumwolle in Newyork mit 20,63 cents, am 7. Juni mit 21,21 cents notiert. Die Bremer Preise für amerikanische Baumwolle sind gleichfalls in die Höhe gegangen. Für Baumwollfully middling good colour and staple wurden notiert: am 2. Juni 138,30 Mk., am 6. Juni 143,40 Mk., am 9. Juni 151,40 Mk., am 10. Juni 160,70 Mk.

In den wollverarbeitenden Industrien ist am 1. Juni ein Konflikt zwischen Fabrikanten und Händlern ausgebrochen, der für die Branche, wenn der Kampf längere Zeit andauern sollte, nachteilige Folgen haben könnte. Die Industriellen haben neue Verkaufsbedingungen aufgestellt, die von den Händlerverbänden abgelehnt wurden. Die Folge ist eine Kaufsperre, die die Händler über die Fabrikanten verhängt haben. Die Unternehmer glauben indes, daß man sich nach einiger Zeit wieder einigen wird. Inzwischen arbeiten sie die vielen alten, noch vorliegenden Aufträge auf. In den Industrien für Strumpfwaren, Handschuhe, Trikotagen, Kleiderstoffe, Tischwäsche, Leinengewebe, Samt und Seide herrscht außerordentlich rege Nachfrage aus dem Ausland. „Die meisten Fabrikanten dieser Waren sind jedoch derart mit Orders belegt, daß sie für dieses Jahr überhaupt keine neuen Aufträge mehr annehmen können, und nicht selten haben die fremden Einkäufer ihre weite Reise zum Teil vergebens gemacht“, so wird in der „Textilwoche“ berichtet.

In einigen Fachblättern wird behauptet, daß in der Textilindustrie die Warenpreise entweder

### bereits Weltmarkthöhe erreicht

oder sie sogar schon überschritten hätten. Mit deutlich erkennbarer Absicht wird auf das angeblich überhandnehmende Eindringen ausländischer Ware im Inlande hingewiesen, was als Beweis dafür anzusehen ist, daß die deutsche Textilindustrie konkurrenzunfähig zu werden beginne. In diesem Zusammenhang wird selbstverständlich über die hohen Arbeiterlöhne geklagt, die vor allem Schuld daran seien, daß die Warenpreise ununterbrochen in die Höhe gingen. Wer diese Dinge kritisch und nüchtern beurteilt, der wird bald herausfinden, daß diese Behauptungen unrichtig sind. Zunächst stimmt es gar nicht, daß die Preise für deutsche Textilwaren Weltmarkthöhe erreicht hätten, und von einer beträchtlichen Einfuhr ausländischer Erzeugnisse ist nach den amtlichen Angaben nicht im entferntesten die Rede. An der ungeheuren Preissteigerung sind nicht die Löhne schuld, denn sie betragen, in Goldwährung umgerechnet, immer erst einen Teil der in den anderen Industrieländern gezahlten Löhne. Wenn es aber zutrifft, was die Unternehmerpresse weiter behauptet, daß die Produktionstechnik der deutschen Textilindustrie in der lezten Zeit außerordentlich verbessert worden sei, so muß man zu der Folgerung kommen, daß den Löwenanteil an den Erträgen die Unternehmer ziehen und daß ihre übermäßige Gewinnsucht die eigentliche Schuld daran hätte, wenn die unglücklichen Preissteigerungen die deutsche Textilindustrie auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig machen würde.

### Ueber

### die Geschäftslage in den einzelnen Bezirken

wird folgendes gemeldet: Im Wuppertal sind die Spinner und Weber auf Monate hinaus mit festen Aufträgen versehen und sie haben sich entsprechend im Rohmaterial eingedeckt. Die Lage der Barmer Industrie ist noch durchaus befriedigend, in den meisten Branchen ist man noch sehr reichlich mit Aufträgen versehen. Für Baumwollgewebe zeigt sich einige Zurückhaltung, es werden vor allem greifbar oder kurzfristig

lieferbare Waren verlangt. In der Möbelstoffweberei war nach Ostern eine Stöckung in der Auftragserteilung eingetreten, Abschlüsse auf langfristige Lieferung unterblieben fast gänzlich. In der lezten Zeit ist das Geschäft wieder lebhafter geworden. Im Mü n c h e n - G l a d b a c h e r B e z i r k ist die Webstoffindustrie noch stark beschäftigt. „Alle Zweige, sowohl die Baumwoll-, Halbwooll-, wie auch die Tuchwebereien sind mit Aufträgen so reichlich versehen, daß die Arbeitstätigkeit bis September/Oktober gesichert ist. Auch auf noch weitere Termine können die Fabrikanten ihre Erzeugnisse abgeben, da die Abnehmer auf möglichst weite Sichten abzuschließen bereit sind“. (Leipziger Wochenschrift für Textilindustrie.) In den Kessel- und Korbmwebereien hält der Kaufandrang unvermindert an, die Webereien für Biber-, Kalmuckstoffe und ähnliche Erzeugnisse haben noch viele Aufträge für Herbst und Winter zu erledigen. Die Hofenstoffwebereien können nicht genug herstellen, um den ganz enormen Bedarf der Kleiderfabriken zu decken. In den Buckstin-, Kammgarn- und Cheviotwebereien konnten fast alle vorhandenen Stühle beschäftigt bleiben.

Im Bielefelder Bezirk ist die Wäscheindustrie noch für längere Zeit mit Aufträgen versehen. In der Leinenindustrie bietet die Rohstoffversorgung große Schwierigkeit, da die Produktion an inländischem Flachs längst nicht genügt und die Beschaffung von ausländischen Garnen durch den schlechten Stand der Markt sehr erschwert ist. — In der Krefelder Seidenindustrie ist die Lage nicht einheitlich. Es gibt Betriebe, die überbeschäftigt sind, in anderen sind ausländische Aufträge zurückgezogen worden, weil die rechtzeitige Ausführung veräuert wurde. Lebhaft ist das Krawattengeschäft. — Als etwas ungünstiger wird die Lage in Bayern geschildert. So seien zwar die oberfränkischen Baumwollspinnereien und -webereien noch auf Monate hinaus voll beschäftigt, jedoch habe die Nachfrage für das vierte Quartal noch nicht eingesezt. Zwirnerien, Färbereien, Druckereien und Appreturanstalten erfreuen sich nach den Mitteilungen der Handelskammer für Oberfranken eines durchaus normalen Geschäftsganges. In der sächsisch-thüringischen Textilindustrie soll die Streikbewegung der lezten Wochen wenig Einfluß auf das Geschäft gehabt haben. „Die Wollspinnereien haben von dem Weberstreik erhöhten Vorteil gehabt, daß sie in der Fertigstellung rückständiger Garnlieferungen erheblich vorangefommen sind. Im übrigen bleiben die Spinnereien flott beschäftigt. In den lezten beiden Wochen wurden, trotz Weberstreiks doch recht belangreiche Garnaufträge zum Abschluß gebracht. Auch aus diesen Maßnahmen geht hervor, daß die sogenannte Hochkonjunktur auf Monate hinaus noch erhalten bleiben wird.“ („Konfektionär“.) Die Chemnitzer Strumpfindustrie ist teilweise bis Frühjahr 1923 beschäftigt. Da die deutschen Spinner bis in das dritte Quartal vollkommen ausverkauft sind, beziehen die Fabrikanten das Rohmaterial vielfach aus dem Auslande. In der Forster Tuchindustrie hatten alle Betriebe noch reichliche Beschäftigung. Für die Winterfaison liegen „riesengroße Stammorders“ vor.

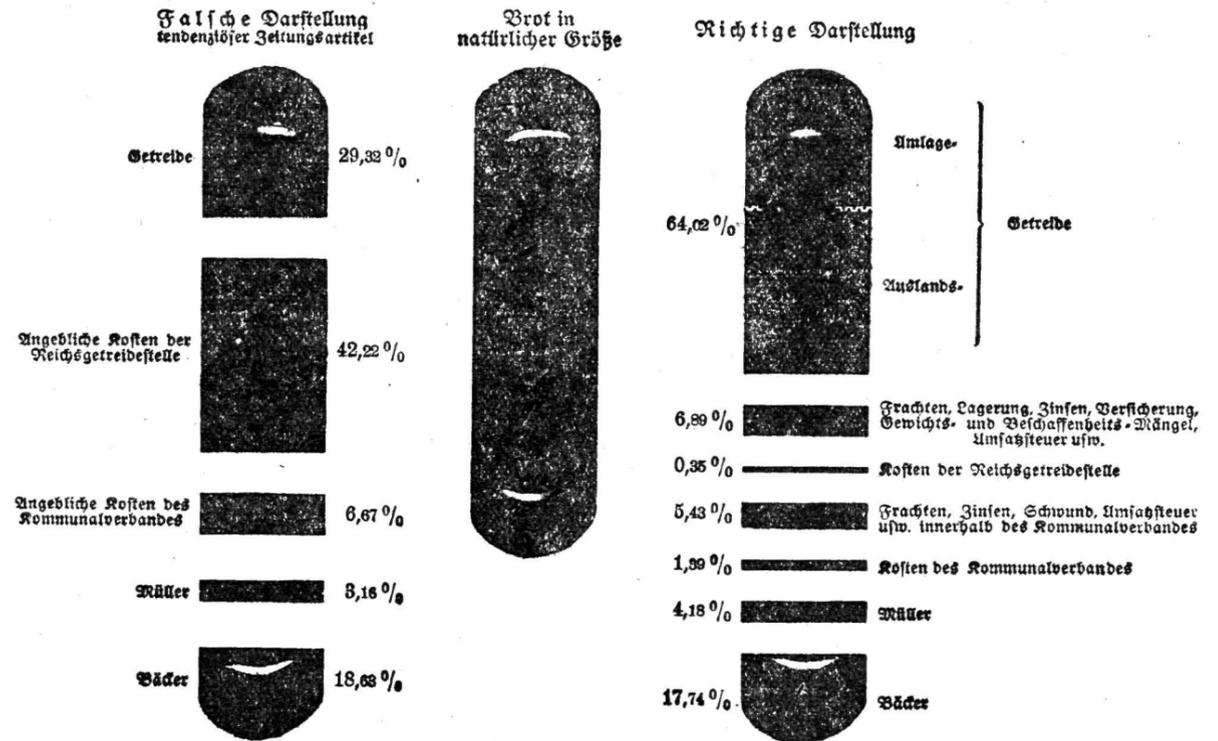
Alle Berichte stimmen also darin überein, daß zu pessimistischen Auffassungen über die Aussichten für die nächste Zukunft noch kein Grund vorliegt. Sollte infolge des Zustandekommens der Anleihe und durch andere günstige wirtschaftspolitische Vorgänge der Marktkurs sich bessern, so könnte eine vorübergehende Beunruhigung auch in der Textilindustrie entstehen. Das Unternehmertum wird darauf hinzuweisen sein, daß es nicht durch Lohnkürzungsversuche und Arbeitszeitverlängerung die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu erhalten bestrebt sein darf, sondern daß es die Produktionstechnik zur möglichsten Vollkommenheit auszubilden hat und daneben auch seine leitherige Kalkulationspraxis einer gründlichen Revision unterziehen kann.

## Der gegenwärtige Preis des Markenbrotcs

aufgeteilt nach Rohstoff, Untofen und Verarbeitung, unter Zugrundelegung der in lezter Zeit vielfach veröffentlichten Kalkulation des Kommunalverbandes Templin.

Die nachfolgende Darstellung ist von der Reichsgetreidestelle gegeben worden, die sich mittels ihrer gegen die gegen sie von agrarischer Seite erhobenen Vorwürfe, daß sie das Brot unverhältnismäßig verteuere, verteidigen will. Man kann zugeben, daß, wenn ihre Darstellung richtig ist — woran wir zu zweifeln keinen Anlaß haben —, ihr die Verteidigung gelungen ist. Man vergleiche die Angaben über die angeblichen Kosten der Reichsgetreidestelle mit

denen von dieser angegebenen (42,22 Proz. und 0,35 Proz.), die angeblichen Kosten des Kommunalverbandes mit den behaupteten wirklichen (6,67 und 1,39 Proz.)! Man beachte aber auch, daß die Getreideinteressenten die Kosten für Getreide nur auf 29,32 Proz., die Reichsgetreidestelle aber auf 64,02 Proz. angibt. Die Getreideinteressenten wollen offenbar glauben machen, daß sie an der Brotverwertung ganz unschuldig seien und diese nur zustande komme durch die amtliche Getreidebewirtschaftung, die sie befeitigt sehen wollen, weshalb sie diese so kostspielig darstellen, daß sie den Widerspruch aller Verbraucher herausbeschwören müßte, wenn nicht die Reichsgetreidestelle zeigen könnte, daß es gerade umgekehrt liegt und die Getreideinteressenten den Brotpreis so hoch bringen.



### Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im Monat Mai 1922.

Das Ergebnis der Maizählung ist etwas ungünstiger als im Vormonat. Als arbeitslos wurden gemeldet: 621 männliche und 1374 weibliche Mitglieder, zusammen 1995. Im Vormonat betrug die Gesamtzahl arbeitsloser Verbandsmitglieder 1775, und zwar 572 männliche und 1203 weibliche Mitglieder. Mitbin im Mai 49 männliche und 171 weibliche, zusammen 220 Mitglieder mehr.

Die Gesamtarbeitslosigkeit im Verbandsgebiet, in Prozenten ausgedrückt, beträgt 0,3; im Vormonat 0,27 Prozent.

Die Berichterstattung betrug für den Monat April 95,1 Prozent, für Mai 95,2 Prozent, mitbin eine Zunahme von 0,1 Prozent. Von 377 vorhandenen Filialen haben 39 mit 34080 Mitgliedern = 4,8 Prozent nicht berichtet. Unter diesen befinden sich 5 von Geschäftsführern geleitete Filialen, die insgesamt 26 176 Mitglieder (= 2,7 Prozent der Gesamtmitgliedschaft) besitzen. Hätte man die Mitglieder dieser großen Filialen noch miteinrechnen können, so wären nur noch 7904 (1,1 Prozent) nicht berichtende Mitglieder übriggeblieben. Der Verband hatte in diesem Monat eine Zunahme von 9386 Mitglieder zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl im Mai betrug 237 666 männliche, 466 002 weibliche, zusammen 703 668. Die Zunahme seht sich aus 2196 männlichen und 7190 weiblichen Mitgliedern zusammen.

#### Kurzarbeit.

Dem April gegenüber hat sich die Zahl der Kurzarbeiter etwas vergrößert. Es arbeiteten im Mai verürzt: 748 männliche und 234 weibliche, zusammen 2782 Mitglieder. Im April hatte der Verband 811 männliche und 1445 weibliche, zusammen 2256 Kurzarbeiter. Das ist im Vergleich zum Vormonat eine Berringerung von 63 männlichen und eine Zunahme von 589 weiblichen Mitgliedern, insgesamt also eine Zunahme von 526 Personen, in Prozent 0,4 (April 0,3) Kurzarbeiter.

Es arbeiteten verürzt:

1 bis 8 Stunden	60 Betriebe mit 352 männl. u. 1151 weibl.
9 " 16 "	20 " " 283 " " 578 "
17 " 24 "	6 " " 87 " " 277 "
25 und mehr Std.	2 " " 26 " " 28 "

Mitgliedern.

Insgesamt sind also 2782 Kurzarbeiter im Verband, das sind 0,4 Prozent der Gesamtmitgliedschaft.

### Technisches.

#### Verfahren zur Schutzbehandlung von Seide.

Von Dr. Johannes Korfell in Jittau i. Sa. — D. R.-P. Nr. 349 261.

Erfindungsgegenstand ist ein Verfahren der Schutzbehandlung von Seide zum Zwecke der Festigkeits- und Elastizitätserhöhung. Es wurde die überraschende Beobachtung gemacht, daß ganz allgemein sämtliche leichter als Fibroin oxydierbaren, der Seide vor dem Beschwern zugewandten organischen, Stickstoff oder Schwefel oder Sulfidstoff und Schwefel enthaltenden Verbindungen eine Schutzwirkung auf die Seide ausüben, indem sie deren Festigkeit und Elastizität, welche die Seide ohne Schutzbehandlung infolge des Beschwernprozesses verliert, auf der ursprünglichen Höhe erhalten. Diejenigen organischen, Stickstoff oder Schwefel oder Sulfidstoff und Schwefel enthaltenden Verbindungen üben die stärkste und längste Schutzwirkung aus, die am leichtesten durch die Seidenfaser diffundieren und sich am längsten in der Faser halten, ohne zu verdampfen (sublimieren) und ohne durch die nachfolgenden Bäder herausgespült zu werden. Voraussetzung dabei ist, daß die zur Anwendung gelangenden Schutzkörper mit Metallsalzen oder durch Berührung mit Sauerstoff keine Farbenreaktionen geben. Man kann die Intensität und Dauer der Schutzwirkung noch dadurch steigern, daß man die dem Fibroin zwecks Schutzwirkung zugeführten Verbindungen der geschützten Art mittels bekannter Reaktionen schwer- oder unlöslich innerhalb der Faser niederschlägt, wodurch vermieden wird, daß die Schutzkörper aus der Seide herausgespült werden. Da die Seide durch die Beschwernung, z. B. nach dem Zinnphosphat-Silikat-Verfahren, quillt und hart und undurchlässig wird, so ist es wesentlich zur Erzielung vollkommener Diffusion der Schutzlösung, daß letztere vor der Beschwernung zur Anwendung kommt, oder nicht später als nachdem die Seide das erste oder höchstens das zweite Beschwernungsbad erhalten hat.

Man kennt bereits Verfahren, um die Seide nach dem Beschwern mit Schutzkörpern zu behandeln, aber diese Verfahren haben alle den großen und entscheidenden Nachteil gemeinsam, daß die betreffenden Schutzkörper die Seidenfaser nicht mehr zu durchdringen vermögen, weil das Fibroin nach Beendigung des Beschwernungsprozesses gequollen und undurchlässig geworden ist, so daß sich die Schutzkörper nur auf den äußeren Schichten ablagern und leicht sublimieren, oder verdampfen oder oxydiert werden, wodurch die gewünschte Schutzwirkung aufhört. Behandelt man dagegen die Seide vor der Quellung, d. h. vor der Beschwernung überhaupt, so diffundieren die Schutzkörper vollkommen durch die Faser, und sie werden außerdem durch das nach der Beschwernung gequollene Fibroin mechanisch zurückgehalten, so daß sie bei normaler Temperatur weder sublimieren noch sonst verflüchtigt werden können. Die Schutzwirkung ist also bedeutend besser und länger, als wenn man die Seide nach der Beschwernung mit Schutzlösung behandelt. Gegenüber der bekannten Behandlung der Seide mit Formaldehyd, schwefelsauren Salzen oder dergl. bedeutet die neue Erfindung noch insoweit eine wesentliche Verbesserung und Erweiterung, als ganz allgemein sämtliche leichter als Fibroin oxydierbaren organischen, insbesondere Stickstoff oder Schwefel oder Sulfidstoff und Schwefel enthaltenden diffundierbaren Körper Schutzwirkung ausüben, und nicht nur spezifisch reich oxydierbare Verbindungen, die die in der Seide enthaltene Luft entfernen sollen, ehe die Seide beschwern wird. Zur Ausführung des Verfahrens kann man in der Weise verfahren, daß man die Seide vor der Beschwernung oder nach Bedarf auch während der Beschwernung beispielsweise mit einer zweiprozentigen Lösung von Cholin oder Betain (in Form ihrer Chlorhydrate) behandelt und schleudert, worauf man in bekannter Weise beschwern. Anstatt mit Cholin oder Betain kann man die Seide auch mit Hippursäure behandeln.

Die Fixierung der Hippursäure kann beispielsweise durch Salzfäure erreicht werden. Man kann sie z. B. in der Weise in der Faser unlöslich abscheiden, daß man die Seide mit einem Alkali- oder Ammoniumsalz der Hippursäure behandelt, worauf sich nach einer Behandlung mit Salzfäure die freie Hippursäure in der Faser schwerlöslich abscheidet. („Seide“.)

Ueber Kunstwolle. Kunstwolle gehört eigentlich zu den künstlichen Gelpinnsfasern; es ist keine Nachahmung der Wollfaser, sondern eine aus verschiedenen, bereits gebrauchten Stücken wiedergewonnene Wolle. Da sich heute sehr viel Kunstwolle im Handel befindet, so ist es für die Färberei interessant, einmal auf dieses Kapital einzugehen. Man unterscheidet drei verschiedene Arten von Kunstwolle, welche in der Erzielung des Fabrikats gewonnen wird, und zwar Shoddy, Mungo und Extraktwolle.

Bei den beiden Sorten Shoddy und Mungo, aus Wolllumpen, die genau sortiert sind, müssen alle nichtwollenen Bestandteile entfernt werden. Sodann werden die zurückbleibenden Wolllumpen von Staub und anhaftenden Bestandteilen gereinigt. Die Wolle wird dann nach den Hauptfarben sortiert, zerkleinert in kleine Stücke und durch Zerreißen in lose Wollfasern verwandelt. Für das Spinnen ist Langstäbigkeit von Bedeutung. Aus Thibet wird wohl die beste Sorte gewonnen. Man unterscheidet unter Shoddy eine gute Qualität und eine mindere. Letztere werden aus alten Wollstoffen hergestellt. Noch mindere werden aus alten Strümpfen, grobem Fries und dergleichen hergestellt. Zur Mungowolle können alle gewalkten und gewekten Stoffe verwendet werden. Zwischen Shoddy und

Mungo liegt der Unterschied im Material, da der einzelne Faden bei Mungo kürzer ausfällt, als bei Shoddy. Zufolge nimmt man für ersteres möglichst große Stücke und für Mungo die kleinsten. Mungos aus altem Tuch sind sehr gesucht.

Die Extraktwolle wird aus den Lumpen durch Vernichtung der Pflanzenfasern auf chemischem Wege gewonnen, welche, durch Mineralfasern behandelt, sich auflösen und zerfallen und dabei die Wolle nicht angreifen. Durch das Karbonisieren, wobei Baumwolle, Nessel usw. freigemacht wird und die Extraktwolle verbleibt, leidet diese aber doch mehr oder minder Schaden und verliert an Weichheit und Milde. Aber auch andere Eigenschaften der Kunstwolle sind zu beachten, denn es ist ein gewaltiger Unterschied zwischen Wolle und Kunstwolle. Bei der Bereitung von Kunstwolle wird der Farbstoff aus der Faser nicht entfernt. Auch finden sich immer noch Bestandteile von Baumwolle und Leinen vor und da auch die Extraktwolle härter wird und schwieriger zum Verspinnen ist, so kommt Kunstwolle neuer Wolle an Qualität niemals nahe.

Beim Färben von Kunstwolle wirken die Farbstoffe anders ein als auf neue Wolle. Des ungleichmäßige Aufziehen des Farbstoffes, das Fleckigwerden und anderes erschweren den Färbeprozess. Besonders in helleren Farben ist ein gleichmäßiger Ton nicht zu erzielen. Auch kommt es vor, daß Kunstwolle in Gemeben neben neuen Stoffen vorhanden ist und der Nachweis ohne weiteres zu erkennen ist. (S. S., „E. W.-Ztg.“)

Etwas über Gewebeprüfung. Da während des Krieges, sowie nach demselben, sehr viele Stoffe aus verschiedenen Fasern hergestellt wurden, ist es wohl angezeigt, das wesentlichste über Gewebeprüfung zu schreiben und wieder in Erinnerung zu bringen. Das Färben und die sachmännische Bearbeitung bieten zwar keine Schwierigkeit, wenn man die Gelpinnsfaser erkennt. Das Gegenteil ist aber der Fall, wenn die Faser nicht bekannt ist oder mit den daraus entstandenen Geweben zweifel bestehen, oder wenn mehrere Gewebe vorhanden sind. Dann ist zu prüfen, aus welchen Fasern das Gewebe gefertigt ist. Allerdings sind chemische Kenntnisse zu einer solchen Untersuchung nötig.

Aber auch eine einfachere Gewebeprüfung ist nach Dr. Ganswindt von Färbern auszuführen.

Es ist zu unterscheiden die animalische Faser (Wolle, Seide) von vegetabilischer Faser. Erstere ist stickstoffhaltig — hornartige Eigenschaft — die beim Verbrennen den Geruch nach Horn verrät. Das Gegenteil ist der Fall bei der vegetabilischen Faser aus reiner Zellulose. Verbrennt daher auch ruhig, ohne jeglichen Geruch zu verursachen. Sind aber tierische Fasern mit dabei enthalten, so merkt man das durch einen brenzlichen Geruch.

Aber auch Pflanzenfasern können enthalten sein, und kann durch starke alkalische Lösungen verflucht werden, die animalische Faser zu lösen. Dagegen bleibt die vegetabilische ungelöst. Seide ist nur in konzentrierter Kalilauge löslich. Schwache Mineralfasern werden die animalische Faser fast gar nicht oder nur wenig angreifen. Vegetabilische dagegen werden gelöst und zerstört.

Um Schafwolle von echter Seide zu trennen ist ein Versuch und eine Behandlung mit Kochender Salzsäure nötig, wobei sich die Seide auflöst, die Schafwolle dagegen nur aufquillt.

Auch die mikroskopische Untersuchung ist ein sicheres Mittel zur Feststellung der Baumwolle und Leinenfasern. Da Baumwollfasern in der Stärke stets gleichmäßig sind, Leinenfasern dagegen Unregelmäßigkeiten in der Dicke aufweisen, ist der Nachweis der Faser schon festzustellen.

Auch beim Zerreißen der Faser ist oft schon die Beschaffenheit zu erkennen. Leinenfasern bleiben steif, während Baumwollfasern sich kräufeln. Bei einiger Übung wird man auch bei mikroskopischer Untersuchung die einzelnen Fasern zu erkennen vermögen. (S. S., „E. W.-Ztg.“)

### Rohstoffproduktion.

Rohseidenenernte 1921/22. Die „Union des Marchands des Soies“ in Lyon veröffentlicht ihre Schätzung über die Rohseidenenerzeugung der zu Ende gehenden Kampagne 1921/22. Erweitert es sich um die Seidenenerzeugung in den Balkanstaaten und Zentralasien handelt, steigen natürlich keine Angaben vor, die auf Vollständigkeit Anspruch erheben können. Zu der Ausfuhr aus Ostasien, die sehr viel größer ist als in der Kampagne 1920/21, ist zu bemerken, daß die damaligen Ziffern unerbäulich klein waren. Zum Vergleich sind die Ergebnisse der letzten normalen Kampagne vor Kriegsbeginn, nämlich 1913/14 herangezogen.

	1921/22	1920/21	1913/14
Italien . . . . .	kg 3 205 000	kg 3 325 000	kg 3 540 000
Frankreich . . . . .	kg 195 000	kg 254 000	kg 350 000
Spanien . . . . .	kg 60 000	kg 85 000	kg 82 000
Oesterreich . . . . .	kg —	kg —	kg 150 000
Ungarn . . . . .	kg —	kg —	kg 123 000
	kg 3 460 000	kg 3 660 000	kg 4 245 000
Ostasien, Levante und Zentralasien	kg 550 000	kg 750 000	kg 2 315 000
Yokohama . . . . .	kg 16 500 000	kg 10 890 000	kg 12 120 000
Schanghai . . . . .	kg 3 815 000	kg 3 550 000	kg 6 765 000
Canton . . . . .	kg 2 530 000	kg 1 890 000	kg 2 750 000
Brit.-Indien . . . . .	kg 85 000	kg 80 000	kg 113 000
Franz.-Indien . . . . .	kg 20 000	kg 15 000	kg 12 000
Ostasien Ausfuhr . . . . .	kg 22 950 000	kg 16 425 000	kg 20 790 000
Gesamt: kg 26 960 000	kg 20 830 000	kg 27 320 000	

Das Ueberwiegen der asiatischen und insbesondere japanischen Seiden ist noch nie in solchem Maße zutage getreten wie in der abgelaufenen Kampagne; Ostasien stellt in der Tat nicht weniger als etwa 85 Proz der Gesamtversorgung und Japan allein 61 Proz. Da umgekehrt die Vereinigten Staaten als der weitaus größte Abnehmer von Rohseiden auftreten, so hat sich das Schwergewicht des Rohseidenverkehrs schon seit einigen Jahren von Europa nach dem Osten verlagert, und diese Entwicklung scheint weitere Fortschritte zu machen. („Mittel. über Textilindustrie.“)

Rußlands Baumwollproduktion. Die russische Baumwollproduktion konzentriert sich in vier Gebieten, Turkestan, Chiwa, Buchara und in Transkaspasien. Das erstgenannte Gebiet nimmt auch in Hinsicht auf die Produktion die erste Stelle ein. Seit dem Kriege ist allerdings die Baumwollproduktion ebenso wie ihre Verarbeitung gewaltig zurückgegangen. 1916 umfassen die Plantagen 578 000 Desjatinen, im Jahre 1921/22 nur noch 80 000 bis 100 000. Das ist ein Rückgang von 88 Proz., in manchen Gegenden, z. B. in Fergan, beträgt er sogar 96 Proz. Die Baumwollenernte sank in demselben Zeitraum von 15 Millionen Pud auf 800 000 bis 900 000 Pud. Der Ertrag, für die Desjatine berechnet, ging von 80 bis 90 auf 20 bis 30 Pud zurück, und die Ertragsleistung des Rohstoffes sank von 30 auf 28 Proz. Die Zahl der in der Baumwollindustrie Turkestans beschäftigten Arbeiter verminderte sich von 18 500 auf 4500 und die Arbeitsleistung von 2635 auf 975 Pud pro Kopf. In den Desjatinengebieten sank die Arbeiterzahl von 6500 auf 1000 und die Arbeitsleistung von 3846 auf 756 Pud je Kopf. Der Jahresertrag ging zurück bei Baumwollöl von 4 Millionen auf 220 000 Pud, bei Baumwollseife von 400 000 auf 30 000 Pud, bei Baumwollschalen von 9 500 000 auf 570 000 Pud.

In Buchara hat die bebauten Fläche von 100 000 auf 15 000 und in Chiwa von 24 000 auf 5000 Desjatinen abgenommen.

Die Ursachen dieses ungeheuren Rückganges der russischen Baumwollproduktion sind vor allem die geringe Aufnahmefähigkeit des Konsums und damit der Textilindustrie des Landes, ferner der allgemeine Mangel an Barmitteln, die Verwahrlosung des Verkehrswezens; aber auch, wie selbst die offiziöse „Ökonomist Schin“ hervorhebt, die Unbeholfenheit und Unfähigkeit der Organe, in deren Händen die Leitung der Baumwollherzeugung liegt.

Gegenwärtig kämpft das Hauptbaumwollkomitee in Moskau einen ebenso zähen wie vergeblichen Kampf gegen die Zahlungsunfähigkeit der Abnehmer. Seine Guthaben bei den Textilfabrikanten betragen bis zum 10. Mai d. J. 4 Trillionen Sowjetrubel und 10 Millionen Rubel in russischer Ware. Um seinen eigenen Verpflichtungen nachzukommen, hat das Komitee in letzter Zeit versucht, bedeutende Baumwollvorräte ins Ausland zu verkaufen.

Der Gesamtvorrat an Baumwollfasern soll sich auf 7,8 Millionen Pud belaufen. Der Bedarf der heimischen Textilindustrie wird für das Jahr 1922 auf 4,5 Millionen Pud veranschlagt. Man hofft, den Wiederaufbau der russischen Baumwollherzeugung in einem Zeitraum von 8 bis 10 Jahren bewerkstelligen zu können.

### Von den Aktien-Gesellschaften der Textilindustrie.

Textilwerke und Kunstweberei Mariez, Akt.-Ges. in Moskau. Nach dem Geschäftsbericht war das Jahr 1921 in seinen ersten sechs Monaten kein gutes für das Unternehmen. Der Widerwille gegen Zellulosegarne und -waren hatte sich weiter verstärkt. Der umfangreiche, während und nach der Kriegszeit für das Unternehmen ausschlaggebend gewordene Fabrikationszweig verlagte fast gänzlich. Die Verwaltung hat es infolgedessen für richtig befunden, den Betrieb umzustellen. Die Umstellung war mit ansehnlichen Kosten verknüpft. Die Gesellschaft stellt heute, außer Zelluloseartikeln in kleinem Umfange, Baumwollstoffe und Wolle aller Art her und hat auch die in der Vorkriegszeit betriebene Teppichfabrikation in großem Maßstabe wieder aufgenommen. Die Gesellschaft konnte mit einem belangreichen Bestand an Aufträgen in das neue Geschäftsjahr gehen und ist auf Monate hinaus voll beschäftigt. Der Abschluß ergibt nach Abzug der Abschreibungen einschließlich 201 853 Mt. Vortrag einen Reingewinn von 1 727 448 (2 085 602) Mt. Hieraus werden 20 (25) Proz. Dividende auf die Stammaktien und 7 Proz. (wie im V.) auf die Vorzugsaktien ausgeschüttet und 218 698 (201 852) Mt. neu vorgetragen.

Deutsche Jutespinnerei und -weberei in Meissen. Das abgelaufene Geschäftsjahr 1921 hat der Gesellschaft im großen und ganzen eine befriedigende Beschäftigung gebracht. Die Nachfrage war überwiegend lebhaft. Nur im zweiten Vierteljahre zeigten sich die Käufer etwas zurückhaltend. Da aber diese Zurückhaltung sehr bald in eine angeregte Kaufkraft umschlug, war es möglich, den Betrieb nach und nach zu erweitern, so daß im letzten Vierteljahre die Weberei voll im Betriebe war und die Spinnerei zum weitaus größten Teile. In das neue Jahr hat die Gesellschaft einen angemessenen Auftragsbestand übernommen. Auch in den ersten Monaten des neuen Geschäftsjahres war die Nachfrage lebhaft. Einschließlich 83 138 Mt. Vortrag erzielte das Unternehmen nach Abzug der Abschreibungen 2 072 467 (1 396 194) Mt. Reingewinn, woraus 36 (30) Proz. Dividende verteilt und 128 467 Mt. vorgetragen werden.

Persische Teppich-Gesellschaft Akt.-Ges. in Berlin. Im Bericht des Vorstandes für 1921 heißt es: Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr war unsere Betätigung auf Deutschland allein angewiesen. Der Geschäftsgang war schwankend, im allgemeinen aber hielt die Nachfrage nach echten Teppichen an, und selbst die durch die Valutageschickung herabgesetzten Preise vermochten die Käufer nicht abzuschrecken. Es ist uns gelungen, unsern Anteil an den Umsätzen uns zu sichern, trotzdem die Geschäfte den realen deutschen Firmen außerordentlich schwer waren durch die großen Mengen Orientteppiche, welche ihren Weg über die Emser Einfuhrstelle ins besetzte Gebiet und von dort, trotz aller behördlichen Verbote, ins unbesetzte Deutschland fanden. Diese unerbittlichen Zustände bestehen weiter; die beste Hilfe wäre unseres Erachtens die Freigabe der Einfuhr in Höhe eines Teiles der Friedensmengen unter entsprechender Befreiung der Zollgesetzgebung, was aber bisher leider nicht zu erreichen war. Und doch scheint die Möglichkeit, wenigstens ein gewisses Quantum Orientteppiche auf legalem Wege nach Deutschland einführen zu können, die Volkbedingung zu sein für eine Wiederaufnahme direkter Betätigung in Persien. Diese ist jedoch in die Voraussetzung gebunden, daß man nicht nur gewillt ist, den Bedürfnissen der Perser an deutschen Waren Rechnung zu tragen, sondern ihnen nicht das Absatzgebiet für ihre eigene Produktion vollkommen verschließt. Das Haupthindernis der Valutenerwägungen wird demgegenüber eines Tages zurückzutreten haben und damit, hoffentlich in nicht zu großer Ferne, der Zeitpunkt für unser Wiedereintreten auf unserm alten Betätigungsfeld gegeben sein. Zur Abdeckung persischer Verpflichtungen und damit zur Ermöglichung der Wiederaufnahme unserer Tätigkeit in Persien mußten auch die Summen verwendet werden, welche uns im Wege der Vorkriegsbeschäftigung für unser Kriegsschaden in Persien zugesprochen wurden. — Die Gesellschaft erzielte in 1921 nach Abzug der Abschreibungen einen Reingewinn von 1 636 847 (1 506 654) Mt., woraus 20 (20) Proz. Dividende gezahlt und 138 746 Mt. auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Oskar Staller Aktiengesellschaft in Berlin. Nach dem Bericht des Vorstandes über das erste Geschäftsjahr ergab sich infolge des lebhaften Geschäftes und der ständig steigenden Konjunktur ein befriedigendes Ertragsresultat. Nach Kürzung der Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 1,66 Mill. Mt., aus dem 12 Proz. Dividende ausgeschüttet werden. Wie der Vorsitzende mitteilt, ist die Gesellschaft in allen Abteilungen außerordentlich gut beschäftigt. In den ersten drei Monaten war der Umsatz höher als im ganzen abgelaufenen Geschäftsjahre. Auch für den Fall eines Umschlages in der Konjunktur sind Vorkehrungen getroffen worden durch Abschluß eines Interessengemeinschaftsvertrages mit der „Snag“ in Erlangen, die eine große Anzahl von Firmen, die Sanitätsmaterial herstellen, vereinigt.

Hermann Wünschens Erden, Aktiengesellschaft in Ebersbach. Im Bericht über das erste Geschäftsjahr 1921 heißt es u. a.: Das erste Geschäftsjahr, das seit Gründung der Hermann Wünschens Erden Aktiengesellschaft, hinter uns liegt, hat die Erwartungen, die wir bei Uebernahme der Leitung haben durften, erfreulicherweise erfüllt. Die bei Uebernahme der Fabriken vorhandenen großen Warenbestände wurden rasch geräumt und infolge Verbesserung unserer Garn- und Warenqualitäten gelang es, viele verlorengegangene Geschäftsbeteiligungen wieder anzuschließen und die stillstehenden Maschinen allmählich wieder in Gang zu bringen. Vom Oktober ab konnte die Produktion in der Spinnerei und in den Webereien wieder auf die volle Vorkriegserzeugung gebracht werden, da die Rundschiff der Verschlechterung der deutschen Mark durch Beschaffung von Waren zu entgegen suchte und sehr große Umsätze erzielte. Die außergewöhnlichen Verhältnisse zwangen uns, einen entsprechenden Export nach valutaschwachen Ländern in die Wege zu leiten, und wir haben uns durch langfristige Verträge mit der holländischen Firma Debevoer u. van der Geld, Rotterdam, sowohl für den Rohstoffbezug als auch für den Export in Fertigwaren wertvolle Beziehungen geschaffen. Angesichts der großen Summen, die infolge der dauernden Entwertung der deutschen Mark für Löhne und Gehälter und für die Beschaffung der ausländischen Rohstoffe erforderlich sind, erwies sich unser Betriebskapital als nicht ausreichend, und wir haben deshalb eine Obligationenemission in Höhe von 20 Mill. Mt. aufgenommen und die Erhöhung unseres Aktienkapitals von 10 Mill. Mt. auf 22 Mill. Mt. beantragt. Eine Kapitalerhöhung von 10 Mill. Mt. auf 22 Mill. Mt. wurde am 17. Februar 1922 durchgeführt. Um zur Befreiung der Wohnräume einzutreten, haben wir den Umbau leerstehender alter Fabrikgebäude in Anmarsch genommen und hoffen, 20 geräumige Wohnungen unseren Angestellten im Laufe des Sommers zur Verfügung stellen zu können. Es ergibt sich nach Abzug der Abschreibungen sowie nach Erfüllung der vertrags- und statutenmäßigen Verpflichtungen ein Reingewinn von 3 605 855,37 Mt., woraus u. a. 20 Proz. Dividende verteilt und 205 855,37 Mt. auf neue Rechnung vorgetragen werden.